

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 8 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustrierten Sonntags-Beilage, 'Die Neue Welt' 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Verwaltung als Zeitung für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren betragen für die sechsgepatentierte Kolonial- und Handels- und Veranlagungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet. Korrespondenzen: Kant 1, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Donnerstag, den 24. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Die Publizität des Arbeitsmarkts.

Im Verlaufe der letzten Jahre machen sich auch im bürgerlichen Lager lebhaftere Bestrebungen geltend, die darauf hingingen, durch öffentliche, hauptsächlich kommunale Arbeitsnachweise sowohl den Arbeitern auf dem kürzesten Wege Arbeit, als dem Unternehmer Arbeitskräfte zu beschaffen. Ohne Zweifel ist es an der Zeit, daß die Arbeitererschaft der Frage der öffentlichen Arbeitsnachweise näher tritt und entweder für oder gegen diese Bestrebungen prinzipiell Stellung nimmt. Hier soll ohne jeglichen Anspruch, dieser Stellungnahme vorgreifen zu wollen, das auf der Tagesordnung stehende Problem in Kürze und der Orientierung halber beleuchtet werden.

Eine ständige und übel vermerkte Wahrnehmung steht von vorn herein fest: Das ist die traurige Tatsache, daß die Arbeiter über die Lage des Arbeitsmarktes jeweils nur ungenügend unterrichtet sind und sein können. Was der bürgerlichen Presse in ihrem sogenannten Handels- und Börsebericht zur Verfügung steht, eine genaue Berichterstattung über die jeweilige Lage des Geld- und Warenmarktes, das fehlt heutzutage den Arbeitern über die ihnen wichtigste Ware, die Arbeitskraft, noch vollständig. Wollen wir uns darüber überhaupt auch nur annähernd orientieren, so sind wir mehr oder weniger auf Anleihen von dem Waaren- und Geldmarkt angewiesen. Eine eigene Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen, wie für die einzelnen Industriezweige oder an einzelnen Orten u. dgl. gibt es heute noch kaum. Angesichts dieser Tatsache entsteht die Frage, ob der fehlgeleitete Mangel von Nachrichten für die Arbeiter ist. Darauf ist zweifelsohne mit Ja zu antworten. Er ist ein Nachteil für den einzelnen Arbeiter, denn in dessen Interesse liegt es, seine Arbeitskraft zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen. Wie aber ist ihm das heute möglich, wo er die Gesamtlage des Arbeitsmarktes gar nicht kennt. Er weiß nicht, wie groß an einem erheblichen Industrieort in dem Moment, wo er um Arbeit sucht, das Angebot von Arbeitskräften ist, er kennt nicht den augenblicklichen Grad der Nachfrage nach Arbeitern; kurz er schließt in der Unkenntnis über die Lage des Arbeitsmarktes einen Arbeitsvertrag ab, der für ihn günstiger hätte ausfallen können, wenn er über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage genau orientiert gewesen wäre. Aber noch wichtiger ist die Orientierung hierüber für den Arbeiter, der seine Stellung wechseln will. Ohne genaue Kenntnis der Konjunktur des Arbeitsmarktes wird er in den meisten Fällen zum mindesten nicht den geeigneten Zeitpunkt zum Wechseln wählen. Kennt er dagegen den Arbeitsmarkt in seiner Branche, dann wird er im Hande sein, die Wechsel möglichst in einer solchen Zeit zu vollziehen, wo eine Nachfrage nach Arbeitskräften besteht. Ist so eine Publizität des Arbeitsmarktes für den lokalen Arbeitswechsel schon von großem Nutzen für den einzelnen Arbeiter, so ist sie es in noch höherem Grade für die Arbeiterbewegung, innerhalb deren der einzelne Arbeiter verschwindet.

Zunächst liegt hier klar, daß in gewerkschaftlichen Kreisen sehr oft die Einsichten darüber, ob die Zeit für eine Lohnbewegung, für Ausfertigung von Forderungen gekommen ist, weit auseinandergehen. Woher diese Verschiedenheit der Ansichten? Nicht zum letzten deshalb, weil man die Lage des Arbeitsmarktes nicht genau genug kennt. Wohl sind die an der Spitze der Bewegung stehenden Arbeiter über den Stand der Konjunktur am Orte selbst hinreichend unterrichtet, aber darüber hinaus ist man mehr auf allgemeine Beobachtungen und vereinzelt Wahrnehmung angewiesen, als auf sichere und bis ins Detail begründete Angaben. Und doch hängt der Erfolg gewerkschaftlicher Tätigkeit vor allem von der richtigen Wahl des Moments ab, an dem man zu einer

*) Wir veröffentlichen gerne diese Anregungen eines unserer Mitarbeiter, der das Studium des Arbeitsmarktes eifrig betreibt, lassen es aber dahingestellt, ob er das heute Erreichbare nicht überschätzt. Redaktion des 'Vorwärts'.

Aktion schreitet. Je breiter der Strom der Gewerkschaftsbewegung flutet, desto rascher wird es zur Unmöglichkeit, daß einzelne kundige Führer für jede Aktion den Kurs und ihren Beginn angeben, desto notwendiger wird das Bedürfnis nach einem sicheren, unanfechtbaren Barometer, das den Stand der Konjunktur für jedes einzelne Gewerbe anzeigt. Es genügt nicht, daß man eine allgemein richtige Vorstellung von der jeweiligen Gesamtkonjunktur hat. Das allgemeine Gepräge der Lage des Arbeitsmarktes in den letzten zwei Jahren war günstiger, aber auf diese allgemeine Erkenntnis hin die Arbeiter irgend eines einzelnen Gewerbes ermutigen zu wollen, in eine Lohnbewegung einzutreten, wäre für die Arbeiter verschiedener Industriezweige eine Aufforderung gewesen, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Nur eine spezialisierte Detailkenntnis des Arbeitsmarktes vermag richtige Direktiven für die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu geben. Doch damit ist der Nutzen einer präzisen Arbeitsmarkt-Berichterstattung noch nicht erschöpft. Dadurch, daß für jede einzelne Industrie über das ganze Reich hin die Lage des Arbeitsmarktes festgestellt wird, kommt als Resultat zu Tage, daß wir die Verschiedenheiten der Konjunktur an den einzelnen Orten erblicken. Wir sehen im selben Moment Industriezweigen, wo Nachfrage nach Arbeitern besteht, während in anderen Bezirken der nämlichen Industrie das Angebot von Arbeitskräften überwiegt; endlich zeigt uns eine statistische Berichterstattung noch außerdem die Höhe der Arbeitslöhne und ihre Verteilung nach Ort und Beruf. Nicht nur wird durch eine solche Berichterstattung ein Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage durch vorübergehende Eingriffe, durch Vereinbarungen, Koalitionen u. s. w. zu ihrem Vorteil zu regeln. Davon soll gar nicht gesprochen werden, daß eine genaue Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes auch schonausübende Wirkung ausüben wird, sobald nur erst das Augenmerk der Gewerkschaften auf diesen Punkt gerichtet sein wird.

Wenn wir demnach zu der Ansicht gelangen, daß eine zuverlässige, eingehende Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes für die Arbeiter und die gewerkschaftliche Bewegung von eminent hohem Werte ist, so wird nur noch zu fragen sein, in welcher Weise diese Berichterstattung zu erfolgen hat. Und hier lassen sich zwei Wege denken, die beide zusammen beschränkt werden müssen, wenn der Effekt ein vollkommener sein will. Zunächst sind die besten Kenner des Arbeitsmarktes an einem Orte und in einem Gewerbe die dort und darin thätigen Arbeiter selbst und von diesen wieder die an der Spitze der Organisation stehenden Kollegen. Von ihnen muß und kann durch Vermittlung der Arbeiter- und Gewerkschaftspresse die Berichterstattung erfolgen. Die politische Presse wird mehr die Lage des lokalen Arbeitsmarktes, die Gewerkschaftspresse diejenige der einzelnen Branchen für's ganze Reich zu illustrieren haben. Dieser Weg ist zwar mit Schwierigkeiten verknüpft, aber bei gutem Willen und einiger Ausdauer werden nützliche Erfolge nicht ausbleiben. Der zweite Weg, der den ersten ergänzt, ihm zur Grundlage dient, basiert auf der Errichtung und Zentralisation öffentlicher, kommunaler Arbeitsnachweise, durch deren Statistik es möglich wird, zu jeder Zeit für die Bezirke, die der Organisation unterstehen, eine unanfechtbare, ziffernmäßige Uebersicht über das zeitweilige Verhältnis zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage, sowie über die Zahl der Arbeitslosen zu erhalten, und zwar für den einzelnen Ort, für einen ganzen Produktionsbezirk, für ein ganzes Land, sowie für eine einzelne Branche, für eine gesamte Industrie, für die gesamte Produktion. So verlockend nun gerade die Verwirklichung der Zentralisation des Arbeitsnachweises über das ganze Reich hin im Interesse der Arbeiter wäre, so lassen sich doch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten nicht verkennen, die der Ausführung dieses Gedanken in hohem Grade entgegenstehen. Und diese Schwierigkeiten treten gerade angesichts des Aus-

baues der kommunalen Arbeitsvermittlungstellen aus schärfste hervor. Ob die Schwierigkeiten zu überwinden sind, das wird einmal davon abhängen, ob die Arbeiter prinzipiell für das System der öffentlichen Arbeitsnachweise einzutreten gewillt sind, und zweitens, ob seitens der Unternehmer und der Behörden bei Errichtung solcher Arbeitsnachweise die Garantien geboten werden, die für eine allgemeine Benutzung der öffentlichen Arbeitsnachweise durch die Arbeiter gefordert werden müssen. Ueber diese Punkte soll ein zweiter Artikel das Nähere ausführen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. Februar.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute zunächst mit dem Antrag Herold (Z.) betr. die Uebernahme hierärztlicher Untersuchungen auf die Staatskasse. Der Antrag wurde nach uerheblicher Debatte, in der Redner aller Parteien ihr Einverständnis mit seinem Grundgedanken erklärten, der Agrarkommission überwiesen. Die Regierung machte finanzielle und veterinärpolizeiliche Bedenken dagegen geltend.

Hierauf trat das Haus in die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. Ausdehnung des obligatorischen Anwerbensrechts auf Westfalen und die angrenzenden Bezirke des Rheinlandes. Die bereits vom Herrenhaufe genehmigte Vorlage ist ein Schritt weiter auf dem Wege der reaktionären Miquel'schen Agrarpolitik. Wie bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung, so spielt auch hier die Frage mit, welche Wirkung das Gesetz auf die Ausbreitung der Sozialdemokratie hat. Während die Junker des Herrenhauses die Einführung des obligatorischen Anwerbensrechts als Mittel gegen die 'gewissenlose sozialdemokratische Agitation' betrachten, glauben die linksstehenden Parteien gerade, daß das obligatorische Anwerbensrecht die Unzufriedenheit vermehre und die dabei benachteiligten nachgeborenen Geschwister der Sozialdemokratie in die Arme fähre. Dieser Gegensatz kam auch in der heutigen Beratung, die im übrigen recht belanglos ist, stellenweise zum Ausdruck. Die Vorlage, für welche unbedingt das Zentrum und die Konservativen eintraten, wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Morgen: Etat der Bergverwaltung und des Handelsministeriums.

Der brandenburgische Provinziallandtag beschloß gestern, ein Reiterstandbild Wilhelm I. in Potsdam errichten zu lassen, zu dem bereits ein Entwurf fertiggestellt ist. Sehr enttäuscht wurden die Mitglieder des Landtags durch die vom Vorsitzenden gemachte Mitteilung, daß der Kaiser wegen Feiertags nicht auf dem zum gestrigen Abend angesetzten Festmahl erscheinen könne. In den vorigen Jahren hat Wilhelm II., auf dem Landtage stündig Festreden gehalten. 1897 sprach er von der Pest der Sozialdemokratie, die ausgerottet werden müsse bis auf den letzten Stumpf; er werde sich freuen, jedes Mannes Hand bei diesem Kampfe in der seinen zu wissen, sei er edel oder unfrei. Auch sprach der Kaiser von Bismarck als dem Handlanger des erhabenen Willens Wilhelm des Großen, der, wenn er im Mittelalter gelebt hätte, heilig gesprochen wäre. 1896 nannte der Kaiser seinen Großvater 'diese uns geradezu heilig gewordene Persönlichkeit'. 1895 sprach Wilhelm II. den Agrariern gegenüber noch davon, daß kein Stand beanspruchen könne, auf Kosten des anderen bevorzugt zu werden. 1894 sagte er, daß das Hohenzollernhaus von Gott an diese Stelle gesetzt sei, und daß er Gott und seinem Gewissen allein Rechenschaft zu geben habe für das, was er zum Wohl des Landes thue. 1893 sprach Wilhelm II.

Der 24. Februar 1848 in Paris.

Die Richter der vom Bürgerthum aus Freude über den Ministerwechsel veranfaßten Illumination waren am Abend des 23. noch nicht vertrieben, als die Sturmfluten schon aus neue zu heulen begannen und das in seinen Tiefen ausgewählte Volk die Räume füllte und das Straßengepflaster aufriß zum Barrikadenbau. Der revolutionäre Instinkt des heißblütigen Volkes trieb zu übermenschlicher Arbeit. Am späten Abend des 23. hatte man vor dem Palais National in die Massen hineingeschossen. Der Hochschrei des Volkes war erschallt, — und am frühen Morgen des 24. standen in Paris über 1500 nach allen Regeln der revolutionären Kriegskunst fest gesagte Barrikaden.

Das Sturmgeläut der Glocken und das wirre Kampfesgeschrei konnten auch in den Tuilerien nicht mißverstanden werden. Nachts zwei Uhr empfing der Marschall Bugeaud, ein alter beim Volke gehabter Haubigen von brutaler Tapferkeit, den Oberbefehl über Armee und Nationalgarde. Im Gegensatz zu dieser Maßregel entschlossenen Widerstandes empfing jedoch, ebenfalls in der Nacht, der liberale Thiers den Ruf des Königs zur Kabinettsbildung. Die gelehrtesten Namen der liberalen Opposition sollten in der neuen Regierung vertreten sein. Der Oberbefehlshaber beschloß mit seiner allerdings in vielen Gliedern erschöpften und durch das lange ungeordnete Herumstreifen und die schlechte Verpflegung demoralisirten Truppe kräftige Vorstöße in das Zentrum der Revolution zu führen. Die Barrikaden sollten zerstört, Widerstand ohne Schonung niedergeworfen werden. Im Schloß konstituirte sich das liberale Ministerium. Seine Proklamationen, daß alle Volkswünsche befriedigt werden sollten, wurden jedoch kaum bekannt. Man konnte der Barrikaden wegen nicht einmal an eine Druckerlei herankommen, um die Verhängungs-Manifeste der neuen liberalen Regierung vervielfältigen zu können, und ein Journalist soll in den Tuilerien gerufen haben: 'Am Mangel einer Druckerpresse geht das Königthum zu Grunde!'

Jedenfalls gingen die Ereignisse der Straße unbeschränkt ihren Gang, und das, was im Schloß gewährt wurde, kam an diesem Tage regelmäßig zu spät, um noch irgend eine Wirkung auf die erregten Volkswaffen üben zu können. Der bisherige Führer der Kammeropposition, Odilon Barrot, und ein volkstümlicher General, Lamoricière, waren mit einer Friedensmission an das kämpfende und immer weiter vordringende

Volk beauftragt worden. Von den ersten Barrikaden, die sich wenige Schritte von den Tuilerien entfernt erhoben, war Barrot mit dem Rufe 'Hoch Barrot! nieder mit Bugeaud!' empfangen worden. Allein in der Nähe des Bastille-Platzes schlug schon der Ruf 'Nieder mit Louis Philipp!' an sein Ohr. Er drang trotzdem weiter, um die Konstituierung einer liberalen Regierung und die Gewährung der liberalen Forderungen auf Wahlreform und Auflösung der Kammer zu verkünden. Aber er kam nicht weiter, als bis zu einer gewaltigen Barrikade am Boulevard Bonne Nouvelle, auf der eine rotze Fahne flatterte und von der sich ihm Hinstenläufe entgegenstreckten. Drohende Worte rief man ihm zu und tief ermunthet kehrte er in die Tuilerien zurück.

Das Heer begann sich beim Zusammenbruch mit dem Aufstand zu zerlegen. Der siegreiche Geist der Revolution überwältigte auch die Truppen. Das bewaffnete Bürgerthum, die Nationalgarde, hatte ja von vornherein mit dem Aufstand, der nur auf einen Wechsel der Regierungsmänner zu zielen schien, sympathisirt. Aber auch die Linientruppen blieben von dem Geiste, der das vordringende Volk beherrschte, nicht unberührt; sie schonten das Volk so viel wie möglich.

Ein von dem General Bedeau beschicktes Korps war mitten unter die Insurgenten gerathen. Der General rüstete zum Angriff. Jedoch von allen Seiten eilten Offiziere der Nationalgarde und Bürger auf ihn zu, um ihn zu beschützen, kein Blut zu vergießen, sondern die Wirkung abzuwarten, welche die Veröffentlichung des Ministerwechsels hervorbringen werde. Angesichts der sich bemerkbar machenden Kampfunlust seiner Truppen willigte er ein, daß nach den Tuilerien geschickt werde, um Proklamationen zu holen. Ein Bürger eilte zu dem Oberbefehlshaber Marschall Bugeaud, um ihm die Sachlage auseinander zu setzen. Dieser war durch den Einfluß der liberalen Minister schon in seinen Entschlüssen gelähmt. Er gab dem Mann einen Zettel mit, auf dem er dem General die Einstellung des Feuers und den Rückzug befohl. General Bedeau kam der Dobre nach. Eine Kompagnie Nationalgarde zog voraus, eine gewollige Menschenmasse umringte die Truppen. Fortwährend rückte die Kolonne; man mußte mit den Aufständischen wegen Freigebung der Straßen verhandeln, da sich nach dem Vorrücken der Truppen in ihrem Rücken sofort wieder die Barrikaden erhoben hatten. Die Muth- und Thätigkeit der Führer wuchs. Die Mannschaften traten aus Reich und Glied, schüttelten den Volksmännern die Hand und vertheilten ihre

Patronen an die Aufständischen. Die Artillerie übergab der Nationalgarde sogar ihre Geschütze. Nur mit Mühe gelang es, einen Theil des Korps auf der Place de la Concorde zu sammeln.

Ähnlich war es an anderen Stellen. Die Krone verdrückte sich mit dem Volke oder zog sich zurück, während der Aufstand immer weiter gegen das Königschloß vordrang. Um 11 Uhr wurde das Stadthaus vom Volke gestürmt. Schon drang der Lärm in die Gemächer der Tuilerien. Der König wollte sich den auf dem Karrousselplatz stehenden Reserven zeigen, um den Geist der Truppen zu heben. Aber aus den Reihen der dort aufgestellten Nationalgarde scholl es ihm entgegen: 'Nieder mit dem System!' Ins Schloß zurückgekehrt, wurde der um eine Nummer liberalere Barrot zum Ministerpräsidenten ernannt und das Oberkommando dem beliebteren Marschall Gérard übertragen. Aber das Verhängnis schritt weiter. Schon trachten die Schiffe in der Nähe des Schlosses.

Da, gedrängt von den mächtig hereinströmenden Ereignissen, schrieb der völlig zerschmetterte König inmitten des von der Straße heraufdringenden Kampfgeschalles:

'Ich entsage dieser Krone, welche zu tragen die Stimme des Volkes mich berief, zu Gunsten meines Entlasses, des Grafen von Paris. Möge es ihm gelingen, die große Aufgabe zu lösen, die ihm heute zufällt!'

24. Februar 1848.

Louis Philipp.'

Man hatte gehofft, daß nach diesem letzten Zugeständniß dem Volke die Waffen entwunden würden. Aber jetzt kam auch die Abdankung schon zu spät. Den Offizieren, die die Kunde der Abdankung an das kämpfende Volk bringen sollten, schaltete es bereits entgegen: 'Vive la République!'

Man hatte keine Truppen mehr, dem Andränge zu widerstehen. Der König mit seiner Gemahlin und einigen Getreuen durchstießen den Tuileriengarten und waren froh, einige Fiaker zur Flucht nach St. Cloud zu gewinnen. Unmittelbar darauf stürzte das Volk jubelnd und lachend durch die von dem geflohenen König verlassenen Tuilerien. Freudenfeste knallten in den Gemächern und auf den Böden. Als man des Thrones ansichtig wurde, kam der Uebermuth der Sieger zum Durchbruch. Die Verhöhrungen der Abgehenden des Königthums nahmen kein Ende. Ein Karneval der Freiheit ward gefeiert. Alles jubelte, tanzte, schloß zum Fenster hinaus, sang die Marschlieder oder beihüllte sich an dem Vertilgen des aus den königlichen Kellern herbeigeschafften Weines. Gestohlen wurde nichts. Gold, Silbergeschirre, Werthpapiere, Schmud-

die Hoffnung aus, daß er einen Zustand schaffen werde, mit dem alle zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen. 1892 rief er den unzufriedensten Mitgliedern, den deutschen Stand von ihren Pforten zu schütten. 1891 äußerte der Kaiser, daß der Geist des Ungehorsams durch das Land schleiche; den Mitgliedern des Provinziallandtages rief er, ihn durch Dick und Dünn zu folgen. 1890 sagte der Kaiser auf dem Provinziallandtag, daß er den zerschmetterten wolle, der sich ihm entgegen stelle.

Herr v. d. Neefe ist den Konservativen kein genehmer Minister des Innern, obgleich er — wenn auch nicht in zu glücklicher Form — alles gethan hat, den konservativen Ministerminister sozialistengesetzlichen Andenkens, Puttkamer, zu kopieren. Herr v. Mantuffel, der Landesdirektor der Provinz Brandenburg und Führer des noch nicht-bündlerischen Theiles der Konservativen, wird von antisemitischer Seite als künftiger Minister des Innern bezeichnet; von verschiedenen Seiten wird diese Meldung energisch dementirt, von einer Herr v. Mantuffel als Nachfolger des Herrn Bosse genannt. Wie dem auch sein mag, jedenfalls kann die sozialistendösende Rede Mantuffel's am letzten konservativen Parteitage als Programm des neuen Herrn gelten. Daß jemand, der vom Sozialismus einen richtigen Begriff hat, Minister werden könne, halten wir für absehbare Zeiten für völlig ausgeschlossen. Doch mögen Herr v. d. Neefe und Bosse auch noch einige Zeit bleiben, oder Herr v. Mantuffel einem von ihnen wirklich bald folgen, für uns ist dies ganz gleich. Wir wissen, was wir von den gegenwärtigen Ministern und ihren Nachfolgern zu halten haben, und daß keiner den Erwartungen, die ihre Freunde in sie setzen werden, entsprechen kann. Unseren Siegeslauf hindern diese Herrschaften nicht.

Die alte Burschenherrlichkeit! Es ist das Schicksal gewisser Parteitage, daß sie Einigkeit bringen sollen, und die Regierung nur beschleunigen. In Magdeburg hielten die Friedberg und v. Geyern schwingvolle Reden auf die Zukunft der nationalliberalen Partei und an diese selben Reden knüpfte sich Haber und Jwitz in den nationalliberalen Kreisen. Noch heut Abend mahnt die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offiziöse Organ der Partei, man, d. h. ihre Parteifremde, solle „das Einigende suchen“, und an diesem selben Abend sagen sich zwei der bedeutendsten Blätter Preussens geradezu von der nationalliberalen Partei los.

Wir haben die Angriffe des Herrn v. Geyern auf die „National-Zeitung“ sowie die Antwort dieses Blattes erwähnt. Darauf hatte die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses die Form der Antwort der „Nat.-Ztg.“ bedauert. Aber die „Nat.-Ztg.“ ist weit entfernt, diesen Flüßel ruhig einzustücken. Sie erwidert, indem sie Herrn v. Geyern jahrelange öffentliche Bekehrungen und heimliche Intrigen, die lediglich durch persönliche Beweggründe veranlaßt sind, vorwirft und der Fraktion folgende deutliche Absage ertheilt: „Zeitungen beurtheilen alles, was öffentlich geschieht, und jedermann hat das Recht, die Verurtheilungen der Zeitungen zu beurtheilen. Insofern steht es ohne Zweifel der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses frei, die Meinung auszusprechen, welche sie über unsere Zurückweisung des Herrn v. Geyern hat. Soll dadurch aber, die Form der Mittheilung (der „Nat.-Ztg.“) zu vernichten läßt, irgend eine andere Verfügung der Fraktion zu einem Urtheil über die „Nat.-Ztg.“ in Anspruch genommen werden, so lehnen wir dieselbe auf das Nachdrücklichste ab, und wir bezweifeln nicht, damit die Ansicht aller unabhängigen Blätter auszusprechen, welche in irgend einer Beziehung bisher mit der nationalliberalen Partei zusammengewirkt haben. Die Befugnis zu irgend einer Art von Kontrolle oder Zensur steht keiner Gemeinschaft von Personen nur gegen ihre Mitglieder und gegen Leute zu, welche Weisungen von ihr zu empfangen haben. Auf uns trifft keiner von beiden Fällen zu.“

Und die „National-Ztg.“ steht nicht allein. Auch das Blatt, welches am Orte des Parteitags, von dem dieser Streit ausgeht, erscheint und welches stets eines der wichtigsten und einflussreichsten Organe der Nationalliberalen gewesen ist, auch die „Magdeb. Ztg.“ ist nicht nur ebenfalls mit den Vorgängen auf dem Parteitag unzufrieden, sondern schließt sich völlig der „National-Ztg.“ an. Die „Magdeb. Ztg.“ verwahrt sich dagegen, „das Organ irgend einer Partei zu sein“. Sie sei, schreibt sie, ein freies, unabhängiges Blatt, das von keiner Partei Weisungen entgegenzunehmen hat.

Statt der erhofften Einigkeit herrscht also offene Rebellion im nationalliberalen Lager. Das ist auch kein Wunder, da ein sehr großer Theil der Partei sich gänzlich ins agrarische

Fahrwasser hat treiben lassen. Man möchte die wirthschaftlichen Fragen als Nebenfragen erklären, aber es zeigt sich auch für die nationalliberale Partei immer deutlicher, daß gerade die wirthschaftspolitischen Fragen grundlegend und ausschlaggebend sind und daß eine Partei nicht zusammenhalten kann, wenn in diesen Fragen prinzipielle Gegensätze vorhanden sind.

Wohin sind die schönen Zeiten geschwunden, da die nationalliberale Partei unter Bismarck's Führung geschlossen und groß die deutsche Politik beherrschte und leitete! Langst ist sie zusammengesunken und hat ihren einflüchtigen Einfluss verloren. Und immer mehr geht es bergab mit ihr, nur von Agrarier-Gnaden kann sie ihr Dasein noch fristen und nun weisen große Blätter, die Jahrzehnte lang treu dieser Partei gedient, grollend die Zustimmung zurück, „dieser Partei“ zu sein. O alte Burschenherrlichkeit!

Zum Niger-Streit. Im englischen Oberhaus brachte Lord Salisbury am Dienstag ein Telegramm des englischen Botschafters in Paris zur Verlesung, das folgendes besagte: „Ich überreichte dem Kaiser, sobald ich eine Unterredung mit ihm ermöglichen konnte, eine Note, welche seine Aufmerksamkeit auf den Bericht lenkt, der über das Vordringen der Franzosen im Sototo veröffentlicht worden. Ich sagte, wenn der Bericht zutreffend sei, so müßte die Nachricht als eine sehr ernste angesehen werden. Der Kaiser antwortete, er habe keine Kenntniss von irgend welchem Vordringen. Falls aber irgend etwas Derartiges sich ereignet habe, so sei es nicht nur ohne Befehl von der französischen Regierung, sondern sogar gegen deren Wunsch und Instruktion geschehen, da die französische Regierung das Verlangen, nach Sototo vorzudringen, nicht hege. Er glaube nicht, daß die Meldung wahr sei, und hat mir zuwilschen die Versicherung zutommen lassen, daß in jener Gegend keine französischen Truppen sich befinden.“

Darauf scheint es, als hätte man in England viel Lärm um nichts gemacht. Das zeigt aber, wie leicht erregt man in England bei jeder Nachricht einer möglichen Schädigung des englischen Einflusses an irgend einem Punkte des Kolonialreiches ist. Vielleicht werden die günstigen Nachrichten aus China die erregten Gemüther wieder etwas beruhigen.

Trotz des obigen Pariser Vernichtungs-Telegramms bleiben natürlich die bedeutenden Schwierigkeiten der Interessensabgrenzung zwischen England und Frankreich bestehen und können noch manderlei Anlaß zu Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen der beiden Staaten geben.

Die chinesischen Zugeständnisse an England stellen sich nach neuerer amtlicher Mittheilung aus London als noch bedeutender heraus, als gestern angenommen wurde. Es wird folgendes bekannt gegeben:

Die chinesische Regierung hat eingewilligt, daß die binnenländischen Wasserwege in China für britische und andere Dampfer im Laufe des nächsten Juni geöffnet werden sollen und zwar dergestalt, daß überall da, wo jetzt der Gebrauch von Booten gebräuchlicher durch Vertrag gestattet ist, den Fremden gleichermaßen erlaubt sein soll, Dampfer und Dampfboote zu benutzen, gleichviel, ob dieselben ihnen selbst oder Chinesen gehören. Mit Rücksicht auf den großen Werth, den England darauf legt, daß das Yangtze-Kiang-Gebiet in chinesischem Besitze bleibt, theilte die chinesische Regierung der britischen Regierung formell mit, es könne keine Rede davon sein, daß irgend ein Gebiet im Thale oder in dem Bereich des Yangtze-Kiang an irgend eine Macht verpfändet, verpachtet oder abgetreten werde. Der Posten des Generalinspektors der Seeschiffe soll in Zukunft wie bisher eingenommen werden von einem Engländer, und zwar so lange, als der britische Handel mit China in den Häfen fortfähre, denjenigen der anderen Mächte zu überreffen. Ein Hafen in Ou-nan wird innerhalb zwei Jahren geöffnet werden.

Die Erzielung großer Erfolge in der chinesischen Politik seitens der britischen Regierung bestätigt sich mithin im vollsten Maße. Es ist erfreulicherweise nicht dahin gekommen, daß Rußland die Peking-Regierung völlig in ihren Händen hat, wie von mancher Seite befürchtet wurde.

In Rußland dürfte dieser Gang der Dinge natürlich arg verdrießen. Und schon kommt die Mittheilung, daß Rußland, wie zur Antwort auf die Bewilligungen an England, die Besetzung Port Arthur's auch über den Winter hinaus ankündigt. Wie die „Times“ erfahren, hätte die japanische Regierung die chinesische um die Zusageung er sucht, daß die russischen Schiffe mit dem Ende des Winters wirklich Port Arthur verlassen würden, wie Rußland bei der Besetzung des Hafens erklärt hatte. Darauf habe die chinesische Regierung die russische Regierung um eine solche Zusageung er sucht. Rußland aber erklärte im Gegen-

theil, es werde in Port Arthur noch länger bleiben, und es leistete sich dabei den üblichen Scherz, daß die Zurückziehung seiner Schiffe gegen alle Interessen — China's und Korea's verstößen würde.

Rußland will also in Port Arthur bleiben, d. h. die Provinz Miantung unter seiner Vormachtigkeit halten. Daß dies die Absicht der Russen sei, wurde ja schon immer angenommen. Es scheint aber, als ob Japan sich durch eine dauernde Freifahrt am Eingang in den Golf von Petchili sehr beschwert fühlt und dagegen zu wirken versucht. Ob Japan etwa, da es ihm kaum gelingen kann, die russischen Pläne zu verhindern, versuchen wird, auch seinerseits in China eine feste Position zu behalten, indem es Wei-hai-wei festhält, muß abgewartet werden.

Deutsches Reich.

Das zweierlei Recht gilt vor allem bei der Durchführung der Bestimmungen über die Vereine und Versammlungen. Die „Volks-Zeitung“ macht wieder auf eine Reihe eklatanter, von den Behörden ohne Zuden der Wimpere gebuldeten Gesetzesübertretungen von „besseren Leuten“ als Arbeitern hin. Sie erinnert an folgende Fälle:

Vor einigen Monaten sprach im Architektenhaus in einer vom nationalliberalen Wahlverein veranstalteten Versammlung der Kontre-Admiral a. D. Werner über die Flottenvorlage. Dieser Versammlung wohnten Damen in großer Zahl bei und mindestens zwei Duzend Offiziere der Armee und Marine. Gleichfalls von Frauen und Militärs besucht war am Montag Abend eine Versammlung des Vereins der Konservativen vor dem Potsdamer Thor.

Wie wenig man sich in diesen Kreisen um das Gesetz kümmern braucht, das esieht man daraus, daß nach den Vorträgen der Referenten ein Stationsassistent ganz offen und naiv austrat und dem Vorsitzenden des konservativen Vereins den Dank des deutschen Eisenbahnbeamten-Vereins aussprach für die freundliche Einladung zu der Versammlung. Er versichert, er habe auch sofort an alle Beamten seines Bezirks die Aufforderung versendet, an der Versammlung theilzunehmen. Die reiche Zahl von Eisenbahnbeamten-Uniformen, die man in der Versammlung sah, bewies, daß die Aufforderung nicht vergeblich gewesen war.

Das sind eine ganze Reihe von Gesetzesübertretungen, die aber Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht kümmern. Ja, wenn Arbeiter dergestalt gehen hätten —

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Heute Morgen stießen auf dem Bahnhofe Besse zwei Güterzüge zusammen. Ein großer Theil der Wagen wurden zertrümmert. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Strecke Kachen-Kassel-Berlin ist gesperrt.

Herrn v. Kardorff's industrielle Studien sind recht einträglich und dauern sehr lange, denn auch heute widmet der wackerer Kampfgenosse des Freiherrn v. Stumm seine Kräfte nicht bloß den Bestrebungen zur Erhöhung des Silberpreises und der wichtigsten Nahrungsmittel des deutschen Volkes, er findet auch noch das hiesige Zeit, das ein Aufsichtsrath einer Aktiengesellschaft für seine weniger mühevollen als ertragsreiche Betätigung bebringt. Er ist noch jetzt, wie die „Volks-Ztg.“ erinnert, eines der dreizehn Aufsichtsrathsmitglieder der Schießischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb. Dies Amt bringt ihm eine erhebliche Summe ein. Die Aufsichtsrathsmitglieder dieser Gesellschaft erhielten im Geschäftsjahre 1896 für ihre aufwändige Thätigkeit nur etwas mehr als eine — viertel Million Mark, nämlich 256 422 Mark an Lantime. Herr v. Kardorff erhielt somit auf seinen Theil 16 724^{1/2} Mark ein. Wenn die „Volks-Ztg.“ nicht irrt, fungirt Herr v. Kardorff auch noch als Aufsichtsrathsmitglied eines anderen industriellen Unternehmens.

Die von uns schon auf grund einer Privatdepesche mitgetheilte Reminiscenz der „Breslauer Zeitung“ aus der früheren Gründerzeit des Herrn v. Kardorff lautet:

Vor uns liegt Nr. 289 der „Bresl. Ztg.“ vom 24. Juni 1871, worin der Prospectus der neugegründeten Vereinigten Königs- und Laurahütte, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb“ veröffentlicht ist. Unter den Mitgliedern des ersten Aufsichtsraths befindet sich nun auch „Herr v. Kardorff und Mitglied des Reichstages Herr v. Kardorff-Wahnitz in Berlin“. Daß Herr v. Kardorff in dem Aufsichtsrathe der neugegründeten Aktien-Gesellschaft sogar eine leitende Stellung eingenommen hat, geht aus der Ankündigung einer außerordentlichen Generalversammlung vom 6. März 1873 hervor, in der das Aktienkapital der Gesellschaft um drei Millionen Thaler erhöht werden sollte. In dieser Ankündigung, die sich in Nr. 116/17 der „Bresl. Ztg.“ vom 11. März 1873 findet, zeichnet sich der Aufsichtsrath v. Kardorff und Karl Engel, Fabrikbesitzer in Berlin. Es sind seit jener Zeit zwar rund 25 Jahre ins Land gegangen, aber es scheint doch unbegreiflich, daß Herr v. Kardorff jene seine so verantwortliche und bedeutsame Thätigkeit so ganz vergessen hat.

Im Zeitalter der Absperrung will man in Deutschland nun auch die Hochschulen gegen den Zugang von Ausländern absperrten. Während man früher stolz war, daß unsere Hochschulen tüchtige Lehrer und zahlreiche Schüler aus dem Auslande heranzuziehen verstanden, scheint man sich nun gegen das Ausland abzuschließen zu wollen. Nach Andeutungen konnte man schon seit einiger Zeit an einen solchen Plan denken. Nun meldet der „Reichs-Anzeiger“, daß nichtdeutsche Staatsbürger künftig in die Abtheilung für Maschinenbau an der Charlottenburger technischen Hochschule nicht mehr aufgenommen werden sollen; Raumangel wird als Ursache angegeben.

Das Preußen trotz seiner glänzenden Finanzlage kein Geld für entsprechende Aufgehaltung der Lehranstalten? Für Koffern und Panzerkoffer fehlt das Geld nie! Kulturaufgaben leiden bei uns nicht!

Ueber die staatsgefährliche Thätigkeit des Dr. Leo Kronz an der Berliner Universität giebt das soeben erschienene amtliche Vorlesungsverzeichnis der Berliner Universität Auskunft. Der Privatdozent Dr. Kronz wird im nächsten Semester über elektrische Wechselströme lesen. Schrecklich! Schrecklich! Fürchterlich! Wann Preußen das noch ein halbes Jahr ertragen!

Wie die kaiserliche Werkstätte in Kiel ihren Ruf als Musteranstalt wahrte. Es wird uns ans Kiel geschrieben: In diesem Thema können wir hiermit wieder einen kleinen Beitrag liefern. Werden da dieser Tage 4 Arbeiter des Ressort IV (Maschinenbau) durch ihren nächsten Vorgesetzten zum Sekretär des Ressort bestellt und dieser Herr eröffnet den Arbeitern, daß sie sich ihrer Beschäftigung auf der Werkstätte verabschieden 20 Pf. pro Tag zu viel erhalten hätten, sie von nun an also 20 Pf. pro Tag weniger bekommen würden und auch für jeden Tag ihrer seitherigen Beschäftigung auf der Werkstätte (seit Anfang Dezember 1897) 20 Pfennig wieder an die Werkstätte abzuführen hätten. Der bisherige Lohn betrug 2,70 M. pro Tag; der ist ihnen zwölf Wochen lang versehentlich gezahlt worden. Nunmehr bekommen sie 2,50 M. pro Tag und davon sollen den Arbeitern in vier Raten, je bei der Lohnzahlung, etwa zwölf Mark abgezogen werden, damit die Werkstätte wieder zu ihrem Gelde kommt.

Nun brauchen sich die Arbeiter ja ein solches Anstehen, wie es von einem profitwichtigen Unternehmer nicht schlimmer gefeilt werden könnte, nicht gefallen zu lassen, die Folgen sind dann aber auch wohl für den Betroffenen mit Sicherheit voraussehbar. Auf diese Weise glaubt wohl die Werkstättenverwaltung „Zufriedenheit“ unter den Arbeitern zu verbreiten? —

lingt es einigen Männern, sich verständlich zu machen. Es werden für die provisorische Regierung vorgeschlagen: Ledru-Rollin, Krage, Marie, Dupont, Lamartine, Grémieux und Garnier-Pagès. Ein Arbeiter schließt auf das aber dem Präsidium hängende Bild Louis Philipp's und dann ruhete die Menge, mit den Männern der provisorischen Regierung an der Spitze, dem Stadthaus zu.

Auf dem Redaktionsbureau der „Reforme“ war aber unterdessen von der äußersten Linken der Republikaner ebenfalls eine provisorische Regierung gewählt worden, die außer den auch in der Kammer Ernannten die Redakteure des „National“, Marrast und Hacon, ferner den Sozialisten Louis Blanc und den Arbeiter Albert umfaßte. Diese letzteren traten ohne viel förmlichkeiten in die Versammlung der im Stadthaus sitzenden Regierungsmänner und mußten wohl oder übel akzeptirt werden. Vom Plage heraus drang vieltausendstimmig das Geschrei nach Proklamierung der Republik.

Eine unabsehbare, siegedrunkenen Volkmenge erfüllt den Grèveplatz vor dem Stadthaus. Aus den Massen erscholl ab und zu der Ausruf: „Bürger, man will uns tödchen, wie 1890! Bürger, hütet Euch vor Verräthern!“ Und gleichsam zum Beweis, daß man entschlossen sei, das Erzeugene festzuhalten und nützlichfalls den Kampf zu erneuern, hatte man vier Geschütze vor dem Portal des Stadthaus aufgeföhrt, und Aufständische fanden als Wachen dabei. Die elf Regierungsmänner oben befanden sich in leidenschaftlichen Diskussionen über die zu wählende Staatsform. Entschieden für die Republik waren Blanc, Ledru-Rollin und Hacon; entschieden dagegen Krage und Dupont; die andern schwankten unentschieden hin und her. Die Volksmassen wurden ungeduldig. Man wollte wissen, was diese Regierung, die man mit einem Hauch hinweg blasen konnte, eigentlich trieb. Es wurden Delegirte ernannt, die bewaffnet waren und sich den Zutritt erzwangen. Drohend zeigten sie auf den Platz hinaus und verlangten die sofortige Proklamierung der Republik.

Endlich spät abends entschloß sich die Regierung zu der folgenden Bekanntmachung:

„Die provisorische Regierung will die Republik, vorbehaltlich der Zustimmung des Volkes, welches sofort befragt werden wird.“ Die Bekanntmachung wurde sofort gedruckt und unter das Volk vertheilt. Die Massen beruhigten sich, und langsam entkeerte sich der Grèveplatz. — Aber die Nacht brachte den Volkskämpfern noch keine Ruhe. Man wußte, daß die Forts um Paris herum noch in den Händen der Truppen waren und befürchtete die Rückkehr des Militärs. So blieben denn die Barrikaden von mächtigen Feuern beleuchtet und die stetigen Revolutionäre unter den Waffen.

Vorläufig hatte jedoch das Königthum endgiltig abgedankt, und auch die Armee erkannte schon in den nächsten Tagen die neue Regierung an. Die Revolution war gewonnen, die Republik erlänkt.

fasten mit Juvellen bleiben unberührt. Männer in getriebenen Kleidern, die keinen Fönig in der Tasche hatten, noch wußten, woher sie einen nehmen sollten, um zu Mittag zu essen, standen Schildwache bei Millionen und halfen ganze Schubkarren voll Silber über die Barrikaden hinweg nach der Bank bringen.

In den frühen Nachmittagsstunden ging ein phantastischer Zug vom großen Vestibül des Palastes aus durch den Tuilerienpark und schwenkte in die Boulevards ein. Auf einem Karren führte man die Krone und Ueberreste der zerstörten Herrlichkeiten des Thronsaales. Der vergoldete Thronstuhl schwebte, von vier handfesten Wausenmännern getragen, über den Köpfen der Schaar. Hinterher eine frohliche Menge, an den Enden ihrer Hüften Purpurfäden, Brotsäckchen und Hofmannen tragend, Wiße reichend, singend und schreiend. Das Ziel der Prozession war der Bastilleplatz, an dem so viele Traditionen der Pariser Umwälzungen hatten. Am Fuße der Julsäule wurde ein Holzstoß gehäkrt. Darauf kamen die erwähnten fragmentarischen Herrlichkeiten und auf die Spitze der Pyramide stellte man den Thronstuhl. Jetzt ward unter Zustimmung eines beliebigen Spottliedes auf den „Roi des Agitateurs“ — auf den König der Jobber — der Holzstoß angezündet. Als die Flammen den Thron ergriffen, brach ein tausendstimmiges Gejauche los und hochauf schlug die schwebende Luft.

Während hier das revolutionäre Volk aus eigener Machtvollkommenheit ein korruptes Königthum hinwegsetzte, griff es auch ohne viel zu fragen in die Verhandlungen der Deputirtenkammer ein und erzwang die Proklamierung der Republik. Nach der Flucht des Königs war die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Kindern in die Deputirtenkammer geflohen. Fast gleichzeitig erschien dort eine Abordnung der Republikaner, um im Parlament die Republik anzukündigen. Immer noch stand die Bank von Vordenay auf der Logeordnung. Beim Erscheinen der Herzogin rief man ihr von vielen Vätern Huldigungsworte entgegen. Aber auf den Gallerien begann es drohend zu murmeln. Scharen von proletarischen Barrikadenkämpfern drangen in den Sitzungssaal. Aus der Kampfschaar und von den Gallerien scholl es: „Absetzung! Keine Bourbonen mehr! Nieder mit den Verräthern!“

Von verschiedenen Seiten wurde das Königthum zu halten gesucht, trotzdem von eigentlichen Verhandlungen keine Rede mehr sein konnte. Einige Radikale, Ledru-Rollin, später auch Lamartine, verlangten die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Da trachen Schiffe in der Vorhalle, neue Massen wählten sich herein. Ein unbeschreiblicher Tumult entfiel. Aber nur ein Aufbruch durch die Hallen und Gänge: Nieder mit den Korrupten! Viva la République! Endlich ge-

Dresden, 21. Februar. (Sig. Ver.) Bei der heutigen Schlußberatung über den Etat des Innern beschloß sich Abg. Goldstein (Soz.) darüber, daß die vom Minister zugesagte geordnete Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes seitens der Unterbehörden nicht beachtet werde. Redner geht alle die betreffenden Vorgänge durch. Man stütze sich bei Versammlungsverboten nicht auf Tatsachen, sondern auf leere Vermutungen. Man habe sogar einen Vortrag über Goethe's „Faust“ verboten. Eine Paffalle-Feier in Waldheim sei verboten worden, weil Paffalle gesagt, Reichstragen seien nur Nachfragen. Die Ausweisung Debel's aus Frankreich habe auch zum Verbot einer Versammlung, wo Debel referieren sollte, herhalten müssen. Aus einer Resolution habe das Wort „Streikbräher“ gestrichen werden müssen; eine Versammlung sei aufgelöst worden, weil das Wort „französische Revolution“ gefallen sei; derselbe Gendarm habe eine andere Versammlung aufgelöst, weil sie bereits drei Stunden gedauert habe. Der Gendarm erlaube sich in Sachsen eben alles. In Leipzig sei sogar eine Versammlung aufgelöst, weil einer den chinesischen Vizekönig Si-hung-tschang kritisiert. Redner bespricht weiter die ungleichmäßige Anwendung des Verbindungsverbot's und die Ausnützung des „Groben Unfugs“-Paragrafen.

Mit solchen Mitteln mache man die Sozialdemokratie nicht lobt; habe doch die Partei bei der letzten Reichstagswahl 45 pSt. aller sächsischen Stimmen erhalten. Die nächste Wahl werde einen noch größeren Prozentsatz ergeben. Redner kommt noch auf den Fall Rosenow zu sprechen, der nach Verbüßung einer dreimonatlichen Strafe bei seiner Rückkehr nach Chemnitz aus 12 Ostschaffen der Umgebung ausgewiesen worden sei. Die Ausweisung sei eine ungerechtfertigte Geweß, da sie sich nur auf Personen erstreckt könne, die den drohenden Mordwille nachweisen wollen, nicht aber auf Personen, die sich nur auf Stunden im Orte aufhalten wollen. Bei Erlass des Ausweisungsgesetzes sei seitens der Regierung geäußert worden, daß es sich gegen sozialdemokratische Agitatoren richten solle; es seien nur gemeine Verbrecher in Aussicht genommen gewesen. Politische Agitatoren seien nicht mit Epikuriden und Heklern gleichzustellen. Die Regierung selber sei es, die durch solche Geschehnisse den Klassenhaß fördere. Der Gemeindevorstand Kundelt aus Deuben (L.) sucht die Polizeiwirtschaft zu beschönigen und klagt über den Gasthofsboykott in seiner Gemeinde. Ihm erwidert Fräßdorf (Soz.), der zur Ordnung gerufen wird, weil er das Wahlgesetz ein erbärmliches nennt. Redner bespricht ferner das vor zwei Jahren erlassene Gesetz über die ärztlichen Bezirksvereine. Das Gesetz verleihe den Ärzten ein Vorzugsrecht, und dieses werde vielfach zur Bedrängung der Krankenkassen benützt. Die Krankenkassen müßten für die Massenausweisung von Kranken Rabatte beanspruchen, sonst würden sie einfach bankrott. Er gönne den Ärzten ein ausreichendes Einkommen, aber die ärztlichen Bezirksvereine stellten Forderungen, die selbst der Regierung zu weit gingen. Auch das Verbot, in Naturheilvereinen Vorträge zu halten, überschreite die Befugnisse der ärztlichen Bezirksvereine. Redner bespricht hierauf das Gesetz über die Ausschließung sämmliger Abgabepflichtiger vom Besuch der Schankstätten. Nicht jeder sei in der Lage, seine Steuern zu bezahlen.

Minister des Innern v. Meißel will den Wünschen Fräßdorf's bezüglich der ärztlichen Bezirksvereine und der Behandlung sämmliger Steuerzahler nachkommen. Für die Unterstützung Boykottirter könne er keine materielle Hilfe zusagen, weil der Staat hierzu keine Befugnis habe, aber die Gemeinde könne hier bei Eintritt von Vermögens-Versäls helfend eintreten. Er müsse seine Unterbehörden gegen die Sozialdemokraten in Schutz nehmen. Wenn die Behörde zu der Ueberzeugung gelange, daß eine Versammlung Strafbares bezwecke, so sei das Verbot gerechtfertigt. Die Person des Referenten allein sei allerdings als Verbotgrund nicht ausreichend. In den meisten Fällen habe die Behörde nicht den angegebenen Zweck, sondern die „eigentliche Tendenz“ der Versammlungen zu prüfen gehabt. Er glaube nicht, daß der Vortrag über „Faust“ der Verherrlichung Goethe's habe dienen sollen. Mal- und Bassalle-Festern gäben allerdings Grund zu Beschränkungen. Wenn patriotische Vereine geschwindig das Verbindungsverbot überträten, würden sie bestraft werden. Militärvereine aber seien berechtigt, mit einander in Verbindung zu treten. Ob das Austragen von Flugblättern an sich grober Unfug sei, sei ihm zweifelhaft; es komme auf die näheren Umstände an; der grobe Unfug dürfe nicht in der Haltung des Flugblattes, sondern nur in der Art der Austheilung desselben gefunden werden. Er sei für das Koalitionsrecht, aber gegen den Koalitionszwang; die Sozialdemokratie grabe den Streikbrechern das Brot ab und müsse selber mit zweierlei Maß. Die Sozialdemokratie wolle alles Bestehende umstürzen, solchen Verbrechungen müsse der Staat die schärfsten Maßregeln entgegensehen.

Dem Minister erwiderten Horn (Soz.) und Goldstein (Soz.), letzterer erweist besonders die Ausführungen des Ministers betriffs des angeblichen „Koalitionszwanges“ als unrichtig. Dann hält Opyß (Kons.) seine übliche Sozialistischerwählungsrede. Niethammer (natl.) fordert ein Arbeitgeber-Schutzgesetz. Dr. Mehnert machte einige faule Späße. — Die Sitzung wurde verlag.

Aus Baden, 21. Februar. (Sig. Ver.) Die sozialdemokratischen Bürgerausschuß-Mitglieder von ganz Baden werden am Sonntag, 27. Februar, nach Karlsruhe zu einer Konferenz eingeladen, in der Stellung zu der vom Wahlminister Eisenlohr vorgeschlagenen Hebung der badi'schen Städte-Ordnung angenommen werden soll. In den neuen Gesetzentwurf will Herr Eisenlohr bekanntlich einen Paragrafen einschmuggeln, durch den den Nationalliberalen in allen größeren Städten (mit Ausnahme von vielleicht Mannheim) die Herrschaft auf den Rathhäusern gesichert werden soll. Dieser Paragraf lautet:

„Beträgt die Zahl der Wahlberechtigten einer Klasse mehr als 500, so kann durch Ortsstatut die Bildung von Wahlbezirken angeordnet werden, mit der Maßgabe, daß in jedem Wahlbezirk eine der Zahl der darin wohnhaften Wahlberechtigten entsprechende Zahl von Stadtverordneten zu wählen ist.“

Würde dieser Paragraf Gesetz, so wäre der berüchtigten Wahlkreisgeometrie ein famosel Hinterbüßchen geschaffen. Die freisinnig-demokratische Fraktion hat nun einen Gegenantrag zu dem Entwurf eingebracht, der in der Hauptsache verlangt, daß die von den drei Klassen der Wahlberechtigten gewählten Stadtverordneten je ein Drittel der Stadträthe bilden, und daß die erste Wählerklasse künftighin das erste, die zweite zwei Sechstel und die dritte drei Sechstel stellen solle, anstatt wie bisher ein Zwölftel, zwei Zwölftel und neun Zwölftel. Der Antrag entspricht zwar unseren Forderungen nicht, bedeutet aber doch eine wesentliche Verbesserung.

Im übrigen soll auf der Konferenz Protest gegen das Verhalten des Ministers Eisenlohr in der Frage der Reform des Landtags-Wahlrechts erhoben werden. —

Aus Hessen, 21. Februar. (Sig. Ver.) Im hessischen Landtag hat sich nunmehr auch eine agrarische Vereinigung gebildet. Es sollen nur Abgeordnete Aufnahme finden, die vom Lande sind und ländliche Wahlkreise vertreten. Abgeordnete mit akademischer Bildung sollen nur ganz ausnahmsweise Zulassung finden. Die Seele der Vereinigung, die sich scherzweise „hessischer Bundschuh“ nennt, ist neben dem Abg. Köhler (Reformpartei) der Abg. Schönberger, der bisher zur nationalliberalen Fraktion gehörte. Die Vereinigung treibt einen Keil in die Reihen der Nationalliberalen und offenbart sich bis jetzt lediglich als eine Vereinigung. Uns soll's recht sein.

Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag auf Vermehrung der Fabrikinspektorate auf 4 eingebracht. Der vierte Inspektor soll seinen Sitz in Ließen nehmen. Dem Darmstädter Fabrikinspektor soll die Oberaufsicht über das ganze Land übertragen werden. — Der nationalliberale Abg. Reinhart hat ebenfalls einen Antrag auf Erweiterung des Fabrikinspektorats zugleich mit uns eingereicht. — Nächste Sitzung Mittwoch, den 23. d. Mt. —

Oesterreich.

Prag, 22. Februar. Landtag. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der Bericht der Kommission für Sprachenangelegenheiten über den Antrag der Abg. Schlesinger, Eppinger und Genossen betreffend die Aufhebung der Sprachenverordnung für Böhmen vom 6. April 1867 im Druck vertheilt. Der Bericht schließt nach eingehender Motivierung des Antrages: Der Landtag wolle beschließen in Erwägung, daß im Königreich Böhmen die tschechische Sprache und die deutsche Sprache nach dem geltenden Gesetze gleichberechtigte Landessprachen sind, in Erwägung, daß die Staatsverwaltung verpflichtet ist, Vorsorge zu tragen, daß auf Grund der Gesetze das Gleichgewicht beider Landessprachen bei den Behörden und den Gerichten zur vollen Geltung gelange, in Erwägung, daß durch die Sprachenverordnung vom 6. April 1867 das gleiche Recht beider Theile der öffentlichen Verwaltung im Sinne der geltenden Gesetze durchgesetzt wurde, in Erwägung, daß durch diese Verordnung eine Beschränkung des gleichen sprachlichen Rechtes des deutschen Volkes im Königreich Böhmen erfolgt ist, beschließt der Landtag des Königreichs Böhmen, über den Antrag des Abg. Dr. Schlesinger und Genossen, demzufolge die Regierung aufgefordert wird, die Sprachenverordnung für Böhmen unverzüglich aufzuheben, zur Tagesordnung überzugehen.

Die Situation in Oesterreich nimmt durchaus kein friedliches Ansehen an. Am 10. März dürfte der Reichstag zusammentreten. Wie lange er tagen wird, ob er überhaupt zu ruhiger Thätigkeit gelangen wird, darf billig bezweifelt werden. —

Ungarn.

Budapest, 23. Februar. Abgeordnetenhause. Graf Alexander Andrássy fragt an, welche Verfügungen der Minister des Innern gegen die sozialistische Agitation zu treffen gedenke. Der Redner fährt bezüglich dieser Anfrage aus, daß die agrarsozialistische Bewegung im Szabolcs und Zempliner Komitate nur ein Werk von Agitatoren sei und absolut nicht durch Nothstand verursacht werde. Die Agitatoren verstellten sich Christen unter den Bauern, ließen dieselben bei Nacht schreien und veränderten ihnen, daß ihre Bestrebungen an maßgebender Stelle gebilligt würden. Die Regierung müsse energische Maßregeln ergreifen. Gegen die vergebende sozialistische Presse müsse eingeschritten werden; er sei kein Freund der Präventivzensur, auch dürfe die ansässige Presse durch die betreffenden Maßregeln nicht berührt werden. Außer den momentanen Maßregeln sollte die Regierung aber auch schleunigst eine gründliche Lösung der sozialen Frage vornehmen.

Diese Heuschreck! —

Budapest, 22. Februar. (Frankf. Zig.) Nach der Mittheilung eines Abendblattes wurden heute gelegentlich einer Durchsichtigung der hauptstädtischen Kasernen angeblich bei mehreren Soldaten sozialistische Bruchstücke gefunden; die Beurteilungen und die Erlaubnisse zu längeren Spaziergängen von Soldaten seien auf ein Minimum reduziert.

Schweden.

Stockholm, 23. Februar. Die Regierung hat heute beim Reichstage einen Gesetzentwurf betr. die Altersversorgung der Arbeiter eingebracht. —

Italien.

Rom, 23. Februar. („Voss. Zig.“) Giolitti erklärte in einer Unterredung, daß die innere Lage Italiens höchst bedenklich sei wegen der Unzureichung, Arbeitslosigkeit und des schlechten Steuerzustandes. Die Unzufriedenheit sei verbreitet, beherzt und voller Gefahren, falls nicht wirksamere Mittel angewendet werden, als die Herabsetzung des Kornzolles und die Einberufung der Reservisten. Weder große öffentliche Arbeiten noch die verprochenen Steuererleichterungen seien aus finanziellen Gründen möglich, was die Unzufriedenheit bedenklich steigern müsse. —

Uhrfuss, 23. Februar. In Modica zogen gestern Nachmittag an tausend Bauern und Arbeiter vor das Haus des Bürgermeisters, in welches sie eindringen versuchten, um zwei Verhaftete zu befreien. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht, wobei zwei Personen getödtet wurden. Nicht Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Präsident hat sich nach Modica, wo die Ruhe jetzt wieder hergestellt ist, begeben. —

Amerika.

Washington, 22. Februar. Der Senat nahm fast einstimmig eine Bill an, durch welche die Artillerie um zwei Regimenter, das ist 1610 Mann, zur Kompletzierung der Bedienungsmannschaften der schweren Geschütze und der Mörser in den Forts und den Küstenvertheidigungs-Stationen vermehrt wird.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New York gemeldet: Die Wählungen dauern fort. Alle Kriegsschiffe aus den südamerikanischen Häfen wurden zurückbeordert. —

Zum Untergang des Panzerschiffes Maine wird der „Int. Corr.“ folgender aus Madrid unterm 18. Februar abgegangener Bericht zur Verfügung gestellt:

Die spanische Regierung erhielt aus Havana am 17. d. Mts. sehr genaue Mittheilung über die Ursache der Explosion, wonach es außer allem Zweifel steht, daß die Katastrophe durch einen im Innern des Schiffes entstandenen Brand herbeigeführt wurde. Der zweite Kommandant der „Maine“ hat dem spanischen Gouverneur General Blanco ausdrücklich erklärt, daß er sich in der Zeit von 5 bis 1/2 in seiner Kajüte befand und sich dort unkeidete. Hierbei bemerkte er in der Kajüte einen schwachen Rauch, den er anfangs unbeachtet ließ. Erst als der Brandgeruch stärker wurde, eilte er zur Kajüte des ersten Kommandanten, der ebenfalls etwas gerucht hatte. Gerade als der zweite Offizier die Thür des Kommandanten erreichte, fand die erste Entladung statt, durch welche der Kommandant von seinem Ruhebetto geschleudert wurde. Er stand jedoch eiligst auf und beide Offiziere begaben sich auf die Kommandobrücke, um die Rettungsbereitungen zu leiten. Ihren Befehlen gehorchten jedoch nur fünf Maschinengehilfen, welche ein Boot losmachten, das aber infolge des massenhaften Eindringens der Mannschaften sofort unterging. Im übrigen gehorchte niemand den Anordnungen des Kommandanten, und als von dem spanischen Kreuzer „Alfonso XII.“ und dem Dampfer „City of Washington“ Boote zur Rettung erschienen, stürzten sich die Offiziere über den Kommandanten, der auf der Brücke ansharren wollte, her und brachten ihn mit Gewalt in das Boot des spanischen Schiffes.

Nach Annahme des spanischen Sachverständigen ist demnach durch Nachlässigkeit in den für die Mannschaften bestimmten Räumen ein Brand entstanden, welcher sich langsam weiterbreitete, bis er explosive Stoffe erreichte. Dadurch erklärte sich die Fortsetzung der Explosion, die nur durch das schnelle Sinken und das Eindringen des Wassers in die übrigen Aufbewahrungsräume der Sprengstoffe aufgehalten wurden. Andernfalls wären wohl das ganze Schiff zertrümmert und sämtliche Mannschaften getödtet worden.

Aus Havana wird telegraphirt: Aus der ersten Untersuchung der amerikanischen Kommission für die Untersuchung der „Maine“-Katastrophe geht hervor, daß die Explosion in der Vorkammer erfolgt ist.

Reichstag.

48. Sitzung. Mittwoch, 23. Februar 1898, 2 Uhr. Am Bundesrathstische: v. Gohler. Die zweite Berathung des Etats wird beim „Militäretat“ fortgesetzt und zwar beim Extraordinarium. Der Berichtserhalter

Abg. Gröber (Z.) berichtet ausführlich über die Kommissionsverhandlungen.

Die Forderung für den Neubau von Magazingebäuden in Celle ein Betrag von 21 000 M. wird gemäß den Beschlüssen der Kommission abgelehnt. — Zur Vermehrung der Reserven an Explosumittel wird seit 3 Millionen Mark nur 1 Million bewilligt. Die geforderten 100 000 M. für den Neubau eines Stadt- und Familiengebäudes für ein Eisen-

bahnregiment in Berlin werden gestrichen, ebenso die Forderung von 43 000 M. für den Neubau des Kommandanturgebäudes in Mag. 72 000 M. werden für Ersatzbauten in Koblenz mehr bewilligt, in Summa 322 000 M. Die Forderung für Beschaffung eines Bureaugebäudes in Altona wird nach Antrag der Kommission gestrichen, ebenso für einen Ergänzungsbaubau in Braunschweig. Für einen Erweiterungs- und Umbau der Trainkasernen in Darmstadt sollen 400 000 M. nur 60 000 M. bewilligt werden. Das Haus beschließt demgemäß 6000 M., die für den Neubau einer Kaserne in Alt-Breisach gefordert sind, werden nach den Beschlüssen der Budgetkommission gestrichen. Für den Neubau einer Kaserne nebst Zubehör in Mannheim hat die Kommission die Einstellung von 208 000 M. beschlossen. Gefordert sind 8000 M. Das Haus bewilligt mit großer Mehrheit die 208 000 M. für Entwurf und Grunderwerb.

Die Forderungen für den Neubau einer Kaserne in Graudenz und Ausbau eines Garnisonlazareths in Bonn werden abgelehnt gemäß den Beschlüssen der Kommission. Die für Erweiterung und Neubau eines Garnisonlazareths in Schleswig geforderten 53 000 M. werden trotz der Bestürzung des Abg. Jebben den Beschlüssen der Kommission entsprechend gestrichen.

Eine Forderung von 45 000 M. zur Beschaffung beweglicher Lazarethkarren wird gestrichen. Für den Neubau einer katholischen Garnisonkirche in Straßburg sind als 1ste Rate 90 000 M. gefordert, die Kommission hat nur 88 000 M. bewilligt. Das Haus beschließt demnach dem Antrage der Kommission gemäß.

Für Vergrößerung des Artillerie-Schießplatzes bei Zeithain zu einem Truppen-Übungsplatz sind 1 250 000 M. gefordert. Die Kommission hat nur 1 000 000 M. bewilligt. Der Antrag der Kommission wird genehmigt.

Für den Neubau einer Kaserne in Romens (Sachsen) sind 330 000 M. gefordert. Die Kommission hat nur 200 000 M. bewilligt. Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission gemäß.

Bei Titel 163, Ersatzbauten für die durch Brand zerstörte Kaserne (225 000 M.) richtet

Abg. Stolte (Soz.) folgende Fragen an den Bevollmächtigten: 1. Hat eine gerichtliche Untersuchung über die Entstehung des Brandes stattgefunden? 2. Sind die Vorrichtungen ausreichend gewesen? 3. War die Kaserne nach den baupolizeilichen Vorschriften gebaut? 4. Warum ist die Ruine noch nicht abgetragen, die eine Gefahr für Nachbargebäude bedeutet?

Sächsischer Bevollmächtigter Major Günther: Was die erste Frage betrifft, so nahm man erst an, der Brand sei durch die Eße oder Flugrohr entstanden, beide Annahmen haben sich nicht bestätigt. Die Frage, ob fahrlässige oder böswillige Brandstiftung vorliegt, ist eifrig diskutiert worden, es hat sich nach dieser Richtung aber kein Anhalt ergeben. Die Ursache des Feuers muß also als unauflöslich bezeichnet werden.

Was die zweite Frage anlangt, so will ich zunächst der freiwilligen Feuerwehr für ihr Eingreifen den Dank der Militärverwaltung abstatten. Sie hat gethan, was ihr möglich war. Freilich hat sie gezeigt, daß für eine Stadt von 50—60 000 Einwohnern diese freiwillige Feuerwehr nicht ausreicht. Der Brand kam in der Nacht vom 22. zum 23. April aus, es herrschte große Trockenheit und starker Wind. Er verbreitete sich sofort über den ganzen Viebel und konnte nicht bewältigt werden. Lokale und andere Umstände verhinderten, daß die ausreichend vorhandenen Vorrichtungen ausreichend verwendet werden konnten.

Die Kaserne war vollständig den baupolizeilichen Vorschriften entsprechend gebaut. Sie steht ganz frei, die Ruine kann also keine Gefahr für Nachbarhäuser bedeuten und wird zudem bald abgetragen werden.

Abg. Stolte (Soz.): Wie war es nur möglich, daß ein solches Gebäude innerhalb weniger Stunden niederbrennen konnte? Daß das Gebäude vorchriftsmäßig gebaut gewesen sein soll, bezweifle ich stark. Nach den baupolizeilichen Vorschriften müßten in bestimmten Zwischenräumen Brandmauern vorhanden sein und war dies hier der Fall, dann hätte mit Sicherheit mit jeder irgendwie leistungsfähigen Feuerwehr wenigstens ein Flögel gerettet werden können. Daß die Ruine keine Gefahr für umstehende Gebäude bildet, ist ja richtig, da solche nicht vorhanden sind, es ist aber nicht daneben eine Parade gebaut worden. Vorige Woche nun wurde durch den Sturm ein Theil der Ruine ungesichert und fiel auf die Parade, wodurch leicht sehr großes Unglück hätte eintreten können.

Sächsischer Bevollmächtigter Major Günther: Wasser zum Löschen war wohl vorhanden bis ins oberste Stockwerk, da aber die Kaserne sehr hoch liegt, hat das Wasser oben nicht mehr genügend Druck. Es entstand überdies sehr schnell eine enorme Hitze und Rauchentwicklung, so daß den Mannschaften befohlen wurde, sofort das Gebäude zu verlassen. Eine Brandmauer war zwar vorhanden, leider aber reichte sie nicht über Dach, doch bezweifle ich, daß eine dahingehende Vorrichtung vorhanden ist. Die sächsische Militärverwaltung hat übrigens sofort eine Revision sämmllicher Garnisonverwaltungen vornehmen lassen.

Der Titel wird hierauf bewilligt. Zur Erweiterung des Bekleidungsamtes in Ludwigsbürg werden als 1ste Rate 6300 M. gefordert.

Abg. Lieber (Z.) beantragt, diese Forderung zu streichen.

Abg. Müller-Hulda bittet, diesem Antrage Folge zu geben. Die Summe ist in der Budgetkommission mit ganz geringer Mehrheit bewilligt. Gerade bei den württembergischen Militärforderungen müßten wir vorsichtiger sein, da wir häufig die Erfahrung gemacht haben, daß die Kostenschläge ohne genügende Unterlage vorgelegt werden. Die Sache ist jedenfalls noch nicht spruchreif und kann bis zum nächsten Jahre zurückgestellt werden.

Gebietrath v. Horion tritt dieser Ansicht entgegen. Der Erweiterungsbau sei sehr dringend. Die Kostenschläge fehlen nur noch für die Geräte und Maschinen, die im nächsten Jahre nachgeholt werden können.

Abg. v. Massow (L.) tritt für die Bewilligung in diesem Jahre ein.

Der Antrag Lieber wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Forderung wird bewilligt.

Zur Errichtung eines Remontedepots für Wartenberg werden nach dem Kommissionsantrage seit 250 000 M. nur 178 500 M. bewilligt.

Der Rest des Extraordinariums gelangt debattelos zur Annahme. Ebenso die Einnahmen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Das Haus verlag sich auf Donnerstag 2 Uhr. Tagesordnung: Anträge Dr. Schneider (fr. Sp.) und Dr. Lieber (Z.) betr. die Berufsvoreine. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung folgenden Beschlusse gefaßt: Nachdem die Fraktion auf Grund der Erklärungen des Genossen Heine sich überzeugt, daß der Gedanke ihm fern gelegen hat, sich mit dem herrschenden System in eine Kompensationspolitik einzulassen, und daß er durchaus auf dem Standpunkt der bisherigen Taktik der Partei und der Fraktion steht, erklärt die Fraktion, daß für sie die Angelegenheit befriedigend erledigt ist.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hat heute sich mit dem ihr vom Plenum zugewiesenen Antrag des Abg. August (südd. Bp.) zu beschäftigen: „Die verbündeten Regierungen zu eruchen, zu veranlassen, daß dem württembergischen Gericht Langenburg die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. August wegen angeblicher Verletzung des § 193 des Strafgesetzbuchs erteilt werde.“ Es handelt sich um eine Privatklage des Abg. August gegen den Pararrer Bracht in Gerabronn wegen Beleidigung und Widertage des letzteren gegen August. Die Kommission

beschloß einstimmig, dem Antrage stattzugeben, wie es bereits in zwei früheren Fällen geschehen war, wo der analoge Antrag vom Abg. Stadthagen (Soz.) bzw. vom Abg. Radwanski (Z.) gestellt worden war.

Wahlbewegung.

Abg. Fischbeck wird der „Freie. Ztg.“ zufolge nicht im dritten Berliner Wahlkreise, sondern wieder in Hennep-Mettmann kandidieren.

Der Vorstand des Berliner deutsch-konservativen Wahlvereins erläßt einen Aufruf, in welchem er alle konservativen Männer auffordert, dem Verein beizutreten, wenn auch nur vorübergehend, in diesem Jahre des schweren Wahlkampfes. Wenigstens möge man einen Geldbeitrag in die Wahlkaffe geben; schließlich erklärt sich der Vorstand schon damit zufrieden, wenn nur durch Erklärung der Parteistellung den in der Arbeit stehenden Gefinnungsgenossen die Agitation erleichtert wird. — In der That sehr bescheiden! Wird aber auch nichts nützen.

Aus Königsberg wird uns geschrieben: Im Wahlkreise Königsberg (Land) Fischhausen wird bei den Auseinandersetzungen zwischen den beiden sich feindlich gegenüberstehenden konservativen Richtungen, der konservativen und der agrarisch-konservativen, noch manches Interessante zu Tage gefördert werden. Daran werde auch die Erklärung des Esser-Kaufmanns, von der der „Vorwärts“ bereits Notiz genommen hat, nichts ändern. Der Ton zwischen den zwei feindlichen Brüdern hat an Schärfe eher noch zugenommen. Vom Grafen Dönhoff, der mit der Abgabe seiner Stimme für den Handelsvertrag mit Rußland ja eine Politik betrieben hat, für die damals auch der Kaiser sich ausgesprochen hat, sagt jetzt die „Preussische Zeitung“, daß er gerade dieser Abstimmlung wegen nicht mehr als Vertreter des „echten“ Konservatismus angesehen werden könne. Die Sozialdemokraten werden nicht verfehlen, aus diesem Bruderkampfe Nutzen zu ziehen.

Der Oberpräsident v. Götze hat die ihm von den Konservativen in Danzig angebotene Reichstagskandidatur abgelehnt. Die Freisinnigen haben im ersten medienburg-schwerin'schen Wahlkreise Herrn Fischer-Steglich, den Sekretär des Deutschen Fischereivereins, aufgestellt.

Für den Wahlkreis Zena-Rußland, dessen derzeitiger Vertreter, Wahlenbesitzer Wallter, nicht wieder kandidieren wird, hoffen die Nationalliberalen Herrn Wassermaan als Reichstagskandidaten zu gewinnen. In dem Kreise treten noch auf ein freisinniger, ein sozialdemokratischer und ein national-sozialer Kandidat, Pfarrer Rannmann.

Die Christlich- und die Deutsch-Sozialen in Barmen beschloßen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Die Freikonservativen, die Freisinnigen, die Nationalliberalen und das Zentrum haben sich auf einen Freisinnigen (freisinnige Volkspartei) geeinigt.

Gegen den Mischmasch-Kandidaten Herrn Stadtrath Fink in Frankfurt a. M., der wie bereits mitgeteilt, von den Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten gemeinsam aufgestellt worden ist, wendet sich ein Demokrat in einer Zuschrift an die „Frankf. Volkszt.“, in der es u. a. heißt: „Wie kommt die demokratische Partei dazu, in heutiger Zeit, der Zeit der Majestätsbeleidigungs-Prozesse, der Plattenvorlage, der lex Knoss, der Heine und wie die schönen Dinge sich alle nennen, einen Sozialisten durch einen Freisinnigen zu verdrängen zu wollen? Wenn meine Partei, die demokratische, einen passenden Kandidaten nicht aufbringen konnte, dann gab es nur einen vernünftigen Ausweg und zwar den, schon im ersten Wahlgang für den Sozialisten zu stimmen!“

Im siebensten sächsischen Wahlkreise haben die Antisemiten einen Herrn Gabel als Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt. Mitglieder des Bundes der Landwirthe sagten auf einer in Meissen abgehaltenen Versammlung den Antisemiten die Unterstützung des Bundes zu. — Der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Dr. Clemm hat endgültig auf eine Kandidatur für die nächsten Reichstagswahlen verzichtet.

Die Nationalliberalen haben im Reichstags-Wahlkreise Sinzheim-Eppingen-Dretten den pensionirten Major Köhnhorn-Heidelberg als Kandidaten aufgestellt. Ob der jetzige Vertreter des Kreises, der konservative Abgeordnete Graf Douglas, den die Nationalliberalen bisher unterstützten, wieder kandidieren wird, ist unbekannt.

Partei-Nachrichten.

Der Parteigenosse Samuel Kosofsky in Berlin feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Wenn er sein Leben überblickt, so darf er sich sagen, daß er zu denen gehört, die im Kampfe um die Freiheit und Wehlfahrt des arbeitenden Volkes immer in der vordersten Reihe gestanden haben, und daß seine geistvolle, witzige Feder, die er zwanzig Jahre lang als Redakteur des ältesten Blattes unserer Partei, des „Braunschweiger Volksfreundes“, führte, hervorragend mit dazu beigetragen hat, daß der sozialistische Gedanke unter der deutschen Arbeiterschaft so tiefen Wurzel schlug. Möge der alte Kampfgenosse, der sich trotz eines schweren körperlichen Leidens immer noch den guten Humor zu erhalten weiß, durch den er den Parteigenossen so manche frohe Stunde bereitet hat, noch viele Jahre unter uns weilen und noch den Tag erleben, wo das Banner der Sozialdemokratie geflößt hat, unter dem er treu und tapfer gekämpft hat wie Einer!

In Solingen scheint leider immer noch nicht jeder Sozialdemokrat begriffen zu haben, daß es die ideale Zeit war, den jahrelangen Zwist beizulegen. Die „Vergische Arbeiterstimme“ berichtet, es seien Flugblätter verbreitet worden, worin zu einer Versammlung eingeladen werde, die über den Punkt verhandeln soll: Wie sind die Beziehungen des Hamburger Parteitages in betreff der Solinger Angelegenheiten ausgeführt worden und wie verhalten wir uns zu denselben? Die „Vergische Arbeiterstimme“ bemerkt hierzu: „Es gewinnt somit den Anschein, als ob die alten Feindschaften wieder aufs neue entfacht werden sollen. Die Parteigenossen aus den beiden früheren Richtungen werden hoffentlich angefaßt der bevorstehenden Reichstagswahl sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreich lassen.“

Von der Agitation. Im XII. hannoverschen Wahlkreise wurden am Sonntag und Montag in Münden, Göttingen und Gornleben bei Göttingen sehr stark besuchte Versammlungen abgehalten, wo Reichstags-Abgeordneter Vogtherr über die nächsten Reichstagswahlen referirte. Die Stimmung im Wahlkreise ist vortrefflich und die Genossen hoffen ihren Kandidaten, den Redakteur Heymann in Braunschweig, mit dem Welsen in die Stichwahl zu bringen.

Im ganzen 6. hannoverschen Wahlkreise werden Hona wurde, wie uns von dort geschrieben wird, am Sonntag von unseren Parteigenossen eine Broschüre verbreitet, die den Titel trägt: „Aufruf an die Stadt- und Landbevölkerung des 6. hannoverschen Wahlkreises zur Reichstagswahl 1898“.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Zoos vom „Volksblatt für Gotha“ wurde wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts daselbst zu 80 M. Geldstrafe verurtheilt. Es handelte sich um einen Artikel, worin von der Gothaer Staatsanwaltschaft gleiches Recht für alle gefordert wurde.

Prozeß Zola.

Paris, 23. Februar. Die Sitzung wird um 12 1/4 Uhr eröffnet. Das sehr zahlreiche Publikum ist erregt, das durch die Unterhaltungen hervorgehobene Geräusch betäubend. Aufsteht erst ein, als Labori das Wort ergreift, um in seinem Plaidoyer fortzufahren. Labori führt aus: Ich habe Ihnen die Lüge gelogen und Sie lehren wollen, den Werth der vernommenen Zeugenaussagen zu würdigen. Den Schriftstücken, von denen General Pellieux zu Ihnen gesprochen hat, ist nicht mehr Bedeutung beizulegen, als allem übrigen. Labori spricht nun von der Erklärung Pellieux', der behauptete,

Licht zu bringen, als er von dem Schriftstücke sprach, in welchem es heißt: „Sagen Sie besonders nicht, daß wir mit diesem Juden in Verbindung gestanden haben.“ Das ist, sagt Labori, der traurigste Zwischenfall des ganzen Prozesses gewesen, denn man hat geglaubt, dank einem moralischen Beweise, den wirklichen Charakter des Prozesses ändern zu können. Man hat damals von der Vernichtung, von dem Nicht-Eintreten der Vertheidigung gesprochen. Meine Herren, wir haben geglaubt, daß man bis zum Ende des Prozesses gehen müsse. In dieser nicht authentischen Note stand nicht „mit diesem Juden“, sondern „mit dieser Judenschaft“. Die Begleitkarte trug einen Namen, den wir, um hier nicht den wirklichen Namen des Gesandtschafts-Attaches zu geben, „Claude“ nennen wollen, wenn es Ihnen recht ist. Labori führt hierauf aus, er glaube, daß die Karte von einem Subalternen, mit der Spionage betrauten Agenten stamme, der, nachdem er sich die Karte, die er leicht habe erlangen können, verschafft habe, das Ganze dem Kriegsministerium zugesellt habe. Labori sagt hinzu: „Ich glaube auch, daß der Generalstab, an dessen gutem Glauben ich, wie ich ohne Vorbehalt erkläre, nicht zweifle, meine Erklärungen anhören und verstehen wird, daß er seine Nachforschungen fortsetzen muß. Die Mitglieder des Generalstabes werden dann sehen, daß das Schriftstück, welches sie guten Glaubens für authentisch erachteten, nur eine Fälschung ist. Sollte nicht z. B. Major Esterhazy einen Mitschuldigen, ich will nicht sagen, im Generalstabe — bis zu diesem Argwohn will ich nicht gehen — aber einen unter ihm stehenden Mitschuldigen? Wenn der Beweis, von dem man gesprochen hat, überzeugend gewesen wäre, hätte man ihn dann nicht dem Obersten Picquart gezeigt, um dessen Nachforschungen Einhalt zu thun? Was den General Pellieux anbetrifft, so kann man sich erklären, daß, nachdem sein guter Glaube gemißbraucht worden, er sich für verpflichtet hielt, hier von diesem Schriftstück zu sprechen. Und wenn die Herren von unserer Regierung das Schriftstück nicht gezeigt haben, so ist das geschehen, weil das Schriftstück zeigen nicht, wie man gesagt hat, der Krieg, sondern die Lächerlichkeit gewesen wäre.“ (Bewegung.) Labori geht nun auf die Frage des Vordermann ein; er fragt sich nach der Herkunft desselben und wirft dem General Mercier, daß dem ersten Verantwortlichen in dieser Angelegenheit vor, daß er Dreyfus, wenn er der Schuld desselben überzeugt war, nicht im Namen der Staatsraison viel eher haben in den tiefsten Verliesen verschwinden lassen, als das Schauspiel dieser vor dem Kriegsgerichte, das Dreyfus verurtheilt, gespielten Justizkomödie zu geben.

Labori, der dabei bleibt, daß die Schrift des Vordermann die Esterhazy's sei, bestreitet, daß sie von Dreyfus durchgepaßt worden ist. Der beste Beweis hierfür sei, daß der Verdacht des Verurtheilten sich zuerst auf einen anderen gerichtet habe, der den Bureau des Generalstabes angehört. Wenn Dreyfus, wie behauptet worden, die Schrift Esterhazy's durchgepaßt hätte, hätte er dann nicht sofort den Verdacht auf Esterhazy gelenkt. Labori bespricht nun die Berichte der Sachverständigen und führt als Beispiel einen Sachverständigen an, der vor diesem selben Schwurgerichtshofe behauptet habe, die Schrift auf dem Rande eines Schriftstückes sei die eines der Angeklagten, wogegen der Präsident Gerard des Glanz der Sachverständigen habe darauf aufmerksam machen müssen, daß die Schrift von ihm selbst sei. (Bewegung und Lachen.) Was nun die Mittheilung eines oder mehrerer geheimen Schriftstücke anbetrifft, so sei dieselbe nicht zu leugnen; diese Thatsache steht jetzt fest, und zwar sei sie festgestellt sowohl durch Artikel von Zeitungen, welche das Ohr des Generalstabes besitzen, wie auch durch den Bericht Navary's. Diese Thatsache lastete auf dem Gewissen der Richter des ersten, wie derjenigen des zweiten Kriegsgerichtes. In der Deputirtenkammer habe sich anlässlich der Interpellation Jaurès' Ministerpräsident Mellin darauf beschränkt, Jaurès' zu erwidern, er wolle nicht dadurch, daß er die Affäre Dreyfus diskutire, den Plänen des letzteren dienen. Sei das nicht die Antwort einer Regierung, die etwas zu verheimlichen habe? (Lärm im Hintergrunde des Saales.) Labori erwidert die Geschworenen an das Stillschweigen, das hier in der Gerichtshofung Mercier in betreff der Mittheilung des geheimen Schriftstückes beobachtet habe. Als loyaler Soldat habe Mercier sein Gewissen nicht mit einer Lüge beschweren wollen; sein Schweigen sei ein Zugeständnis, der Beweis sei erbracht. Nichtsdestoweniger habe Mercier den Richtern ein Urtheil entziffen, das er für gerecht halten mochte, und zwar unter Misachtung aller Gefechtheit. Ihre Söhne, meine Herren Geschworenen, sind es, die einem Erschienen vor militärischen Richtern ausgesetzt sind, welche letztere selbst bei ihrem Justizwerke irre geleitet werden können. (Bewegung, Widerspruch im Hintergrunde des Saales.) Nun wohl, ich glaube, daß das Land, wenn es den Ernst der Dinge begreifen wird, sich dagegen nur auflehnen und im Namen der ewigen Moral protestiren können wird. Das hat Zola gethan.

Labori kommt nun auf die Familie Dreyfus zu sprechen und verliest dann einen Brief vom September 1897, in welchem Dreyfus stärker als je, und in den rührendsten Ausdrücken seine Unschuld beteuert und ausruft, „handelte es sich nur um mich, um meine eigene Person, längst hätte ich im Grabe Vergessen alles dessen gesucht, was ich gelebt; aber ich will für Dich leben für unsere Kinder, deren Name, wie ich hoffe, eines Tages endlich rehabilitirt werden wird.“ Labori fährt fort: Man hat gesagt, Dreyfus habe ausgerei, mit dem Nachrichtendienste im Auslande betrauten Offiziere verkehrt, so besonders den Hauptmann Degony. Nun wohl, ein Bruder dieses Offiziers, Paul Degony, hat mir gestern hier gesagt: Obgleich mein Bruder, der Hauptmann Degony, nicht auf Ihrer Seite ist, weil er nicht glauben kann, daß seine Vorgesehten Dreyfus hätten ohne Beweise verurtheilen können, hat er mich ermächtigt, Ihnen in seinem Namen — und ich schliesse mich dem für meine Person an — zu erklären, daß wir aus Gründen, die Ihnen auseinanderzusetzen zu lang wären, nicht an diesem Verrath gegen den Kapitän Degony, der nicht hat flüchten können, glauben. (Anhaltender Bewegung.) Hier tritt eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fährt Labori fort: Esterhazy wurde in Agrarant auf der Unwahrheit erlappi, als er vor dem Kriegsgerichte, von einem veritablen Nachschlüssel-Diebstahl sprach. Warum hielt sich denn Esterhazy damals für gefährdet, als noch niemand seinen Namen ausgesprochen hatte? Ich hätte ihn deshalb gern vor diese Schranke gebracht, aber Sie erinnern sich, meine Herren Geschworenen, seines vorsichtig flüchten Stillschweigens. Labori fährt fort: Es habe niemals erst die Gesandtschaft Dreyfus' oder vielmehr juristische Gesandtschaft gegeben. Wenn die Alten Beweismittel von erdrückendem Gewicht enthalten hätten, so würde Gonse zu Picquart gesagt haben: Sie sind ein Narr, lassen Sie doch die Sache ruhig gehen; Sie wissen ja, daß der Beweis der Schuld des Dreyfus vorhanden ist. (Bewegung.) Wie soll man sich nun die plötzliche Veränderung erklären? Es ist die Interpellation Garbelin, die die Verränderung der Ansicht hervorrief. Man fürchtete, daß die Interpellation Verurtheilung in das Land werfen könnte; man sagte sich, man muß den Freunden des Verräthers den Mund schließen.

Nach weiteren sehr eingehenden Erörterungen den Prozeß Dreyfus betreffend, schließt Labori: Mit ehrichtigen Herzen schlägt man Siegreich Schlachten. Bedenken Sie wohl, daß Zola eine Ehre für Frankreich ist. Für Wahrspruch wird dreierlei bedeuten: Es lebe die Armee, es lebe die Republik, es lebe Frankreich! Das heißt, es lebe das Recht, es lebe das ewige Ideal! (Lang anhaltender Beifall, Fischen und Rufe: Es lebe die Armee! Nieder mit den Juden!) Clemenceau schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Labori's an.

Die Geschworenen beantworteten alle gestellten Schuldfragen mit „Ja“.

Zola wurde zu einem Jahre Gefängnis und zu dreitausend Francs Geldstrafe verurtheilt. Das Urtheil gegen Clemenceau, den Herausgeber der „Aurore“, lautete auf vier Monate Gefängnis und dreitausend Francs Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Ladierer! Bei der Firma Falkson, Wasserthorstraße 9, haben die Ladierer wegen Mangelregelung eines Kollegen die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen werden erlucht, dies zu beachten. Alles nähere in der am Dienstag, den 1. März, bei Schöningh, Köpcke'str. 68, stattfindenden Versammlung. Die Agitationskommission.

Für Maack- und Kostüm-Schneider tagt am Dienstag, den 1. März, in den Armirehallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung, zu der vorher eine Flugblattverteilung stattfand. Die Ausgabe des Blattes erfolgt heute Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, bei Schäffel, Ecke Jäger- und Mauerstraße; Fritz Linke, Zimmerstr. 33 und Ernst Voigt, Charlottenstr. 60. Die Kollegen werden hiermit aufgefordert, sich rechtzeitig zur Agitation zu beteiligen. Der Vertrauensmann: J. Zimm.

Achtung, Bauarbeiter! Wir machen nochmals auf den Beschluß betreffend die Wahl von Baudeputirten aufmerksam und erwarten, daß dem überall nachgekommen wird. Wobann sei darauf hingewiesen, daß heute ein Flugblatt zur Vertheilung gelangt, und bitten wir die arbeitslosen Kollegen, sich bei W. Rood, Lanfzigerstraße 33, solche abzuholen und es zur Verbreitung zu bringen. Die Kommission: J. A.: A. Krüger.

Korbmacher werden von der Firma Gebr. Wolff in Bernburg und zwar für März und April gesucht. Da aber bei dieser Firma jetzt gestreikt wird, ist es nahelegend, daß die betr. Annonce in der hiesigen „Volks-Ztg.“ unternommen soll. Die Berliner Korbmacher werden sich gewiß dazu nicht hergeben, ihren Verburburger Kollegen den Kampf zu erschweren.

Deutsches Reich.

Achtung, Vergolder! Der Streik der Kollegen bei der Firma F. Waake in Brandenburg dauert unermüdet fort. Die Streikenden sind fest entschlossen, ihre Forderung: Wiederherstellung der Gemäßregelten, mit allen gefehlich zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Ihre Haltung ist musterhaft. Aus dem Reihen der Streikenden ist bisher niemand abtrünnig geworden, jedoch haben sich, vermuthlich aus Berlin, drei „Arbeitswilige“ gefunden. Um die Durchführung der Forderung mit allem Nachdruck vertreten zu können, ist es dringend notwendig, den Jung streng fernzuhalten. Wir ersuchen die Kollegen, ihre Solidarität in diesem Sinne zu betheiligen. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder: F. Rary, Vorkämpfer, Berlin, Oppeneckerstraße 43.

Aus Erdmannsdorf im Riesengebirge wird gemeldet, daß es sich bei dem Streik in den Vereinigten Berlin-Erdmannsdorfer Bärkenfabriken (nicht Büstenfabriken, wie auf grund einer unrichtigen Zeitungsnachricht mitgetheilt worden war) um folgende Forderungen handelt: Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, 30 pSt. Lohn- und Akkordzuschlag, Abrechnung über die jahrelang abgegangenen Strafgeford, anständige Behandlung und Abänderung der Fabrikordnung. Die Firmeninhaber Ed. Böhm u. Th. Garaßke lehnten diese Forderungen ab, worauf sämtliche Arbeiter, etwa 100 Mann an der Zahl, die Kündigung einreichten. Nach Ablauf der Kündigung legten sie die Arbeit nieder. Ein Versuch des Bürgermeisters Hartung aus Hirschberg, als Vorsitzender des Gewerbegerichts die Differenzen gütlich beizulegen, ist gescheitert.

Der Formerstreik in Rachen ist dank der guten Organisation der Arbeiter siegreich beendet.

Unternehmer-Verbände.

Am 24. Hauptversammlung des deutschen Vereins für Fabrikation von Ziegeln, Thonwaren, Kalk und Zement, die vom 21. Februar ab in Charlottenburg im Architektenhaus „Berlin“ tagt, nahmen auch Regierungsvortreter theil.

Aus den Verhandlungen ist zu entnehmen, daß das Ministerium für Handel und Gewerbe auf eine vom Verein ergangene Petition hin, sich bereit erklärt hat, für die Ziegelschule in Lauban für die nächsten 2 Jahre je 2500 M. staatlichen Zuschuss zu bewilligen.

Nach weiteren belanglosen geschäftlichen Mittheilungen hielt Ingenieur Arndt einen Vortrag über: „Benutzung vorhandener Naturkräfte zur Erzeugung elektrischer Kraft und Vertheilung derselben auf die Betriebsstätten eines Werkes“. Er kam zu dem Schluß, daß der gesammte Betrieb eines Werkes, insbesondere auch der Ziegel-, Thon- und Zementtechnik, durch elektrische Kraft wirtschaftlich gerechtfertigt erscheine, sobald die erforderliche Elektrizität in geeigneter Weise zur Verfügung steht, d. h. entweder in eigener Anlage leicht erzeugt werden kann oder von einer großen Zentrale billig geliefert wird.

Ziegellebiger Evers referirte alsdann über die Wirksamkeit und die Erfolge des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes deutscher Thon-Industrieller. Er referirte sich dahin, daß seit Gründung des Verbandes der Preis der Mauersteine von 17 M. auf 25 M. gestiegen sei, auch könne die auf 60 pSt. beschränkte Produktion für dieses Jahr wieder auf 70 pSt. erhöht werden. Es sei nicht beabsichtigt, durch ungewöhnliche Preissteigerungen unbillige Gewinne zu erzielen, man wolle nur nicht mehr mit Schaden arbeiten. —

Die zweite Hauptversammlung des Verbandes deutscher Thon-Industrieller, die im Anschluß an die 34. Hauptversammlung des deutschen Vereins für Fabrikation von Ziegeln etc. tagte, verhandelte eine Reihe wirtschaftlicher Fragen, die auch für weitere Kreise von Interesse sind. Herr Evers, Berlin referirte über die Frage: „Wie lassen sich die Schäden unseres Submissionswesens beseitigen?“ Er befürwortete, mit den Behörden in Verbindung zu treten und gemeinschaftlich Normal-Submissionsbedingungen aufzustellen, die die Mängel des jetzigen beseitigen. Die Versammlung stimmte dem zu.

Hierauf referirte auch über die Frage: „Welche Wege hat der Vorstand zur Aufhebung der ministeriellen Verfügung betreffend das Beschäftigungsverbot russischer und galizischer Ziegelfabrikarbeiter eingeschlagen?“ Redner wendete sich gegen diese Verfügung und beantragt, den Vorstand zu ermächtigen, in Verbindung mit dem Vorstande der Ziegelfabrik-Gesellschaft sofort beim zuständigen Minister nochmals persönlich dahin vorstellig zu werden, daß wenigstens für dieses Jahr das Einwanderungsverbot für russische und galizische Ziegelfabrikarbeiter nicht zur Ausführung komme.“ Dieser Antrag wurde angenommen.

Fabrikant Weigert-Berlin sprach im weiteren über die Organisation der Arbeitgeber und die Versicherung gegen Streikverluste.

Schließlich referirte Dr. Fiebelkorner über die Frage: „Wie stellen sich die Ziegellebiger zu der ministeriellen Verfügung betr. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in den Ziegelfabriken und welches Resultat hatte der vom Verbande in dieser Angelegenheit verhandelte Fragebogen?“

Der Verband hatte 5500 Fragebogen an Ziegellebiger versandt, um Material darüber zu sammeln, ob eine noch weitergehende Ermächtigung der jetzt geltenden bundesräthlichen Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegelfabriken anzutreten sei. Der größte Theil dieser Fragebogen ist ausgefüllt zurückgeliefert und spricht sich, wie der Vortragende ausführte, dahin aus, es bei den jetzigen Bestimmungen über die Arbeitszeit jener Personen zu belassen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Triest, 23. Februar. (B. G.) Nach dem Gaschings-Korso durchzogen gestern Abend etwa 1000 Arbeiter unter Anführung des Arbeiterliebes demonstrierend die Straßen. Dazwischen wurden Hochrufe auf Zola und die Sozialdemokratie ausgebracht.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 23. Februar 1898, 11 Uhr. Am Ministerische mehrere Kommissarien. Eine Reihe von Petitionen, 46 an der Zahl, werden debattellos als zur Erörterung im Plenum ungeeignet erachtet.

Es folgt die Verathung des Antrages Herold (3): Die Staatsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch das Ausführungsgezet zum Reichs-Viehstehen-Gesetz in der Richtung geändert wird, daß die Kosten hierfürlicher Untersuchungen, die auf Anordnung der Verwaltungsbehörden erfolgen, auf die Staatskasse übernommen werden.

Der Antragsteller Herold begründet seinen Antrag. Regierungskommissar Geh. Rath Küster erklärt, daß die Regierung sich über den Antrag noch nicht schlüssig gemacht habe. Einer anderweitigen Regelung sei die Regierung nicht abgeneigt, sie bezweifelt aber, ob die Uebernahme der gesammten Kosten auf den Staat das richtige trifft.

Abg. v. Meubel-Steinfels (L) stimmt ebenfalls der Tendenz des Antrages zu, bezweifelt aber, daß die vorgeschlagene Aenderung sich in dieser Allgemeinheit empfiehlt.

Abg. Dasbach (3): Die Angelegenheit schwebt bereits seit dem Herbst 1896 und es handelt sich dabei hauptsächlich um die Interessen kleinerer Landwirthe. Wenn man sich wegen Seuchenverdachts getödteten Thiere eine staatliche Entschädigung zahlt, sollte man doch die Schutzmaßregeln, die zu Gunsten anderer Leute getroffen werden, erst recht aus dem Staatsfädel bezahlen.

Abg. Gothein (fr. Vg.) erklärt, daß seine Freunde den Antrag anzunehmen bereit seien, und wendet sich gegen Dasbach's Ausführungen, daß man den Großstädten die Aufbringung der Kosten auch ferner überlassen könne.

Abg. Kuebel (natl.) erklärt sich namens seiner Freunde mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden.

Abg. Neunecke-Sagan (fr.) findet den Antrag durchaus sympathisch, wünscht aber die Kosten den Großstädten möglichst aufzuerlegen, die doch die Hauptkonsumenten sind.

Damit schließt die Besprechung. Nach einem Schlusswort des Antragstellers geht der Antrag zur Vorberathung an die Agrar-Kommission.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage betreffend das ländliche Auerdenrecht in der Provinz Westfalen.

Abg. Nölle (natl.) ist kein Gegner der Vererbung von Bauerntugutern; sogar bei der Vererbung von industriellen Anlagen läßt sich der Grundgedanke des Auerdenrechts verteidigen. Aber für die Vorlage, mit deren Grundgedanken er einverstanden sei, fehle der Nachweis eines Bedürfnisses. Die ländliche Bevölkerung liebe die Vermischung der Verträge bei Nachlassregulirungen nicht. Jedenfalls sei es den Westfalen nicht erwünscht, daß zu derselben Zeit, wo für das ganze Reichgebiet ein einheitliches Recht in Kraft tritt, für Westfalen ein Sonderrecht gegeben wird. Nöcker erörtert dann die Nachteile der Bindung des Erbrechts, die namentlich hindern werden, daß die industriellen Arbeiter sich selbst machen können, was doch, wie wir in Schlesien sehen, von großem sozialpolitischen Werthe ist.

Regierungskommissar Geh. Rath Schorlemmer verweist auf den vom Hause angenommenen Antrag v. Hoyer, der diese Vorlage forderte, und auf die einstimmige Annahme der Vorlage durch den Provinzial-Landtag. Von einer Bindung des freien Willens kann keine Rede sein; der westfälische Bauer wird gerade noch Annahme der Vorlage in freier Weise über seinen Besitz zu verfügen berechtigt sein.

Abg. Frhr. v. Seereeman (3) hält es nach den Ausführungen des Regierungskommissars nicht für nöthig, seinen zustimmenden Standpunkt noch näher zu begründen.

Abg. Gamp (fr.) will die Angemessenheit der Vorlage nicht bestreiten für Westfalen; allein es scheint sich hier um einen ersten Schritt zu einer neuen agrarischen Gesetzgebung zu handeln, die keineswegs für alle Landestheile passe. Nach dem Entgegengesetzten des Vorredners bezüglich der industriellen Verträge ist jedenfalls eine große Schwierigkeit besetzt. Eine Reihe von Einzelbestimmungen der Vorlage bedürfen der Verbesserung. Bedenklich erscheint namentlich der landbesitzliche Eingriff in das reichsgesetzlich geregelte Erbrecht. Man wird überlegen müssen, ob eine solche Bestimmung überhaupt möglich ist. Viel besser als durch die Vorlage würde der Grundbesitz durch die Festsetzung einer Verschuldungs-grenze gegen Verpfändung geschützt. Es wäre erwünscht, über die Absichten der Regierung zur Entschuldung des Grundbesitzes näheres zu erfahren.

Justizminister Schönstedt widerlegt die Auffassung, als ob die Vorlage überflüssig würde durch die bereits vorhandene Landgüter-Novelle, in die sich die Befreiung eintragen lassen können. Leider finde diese Einrichtung bei den Bauern wenig Anklang. (Hört! hört!) Unbedenklich sei es, das reichsgesetzliche Erbrecht durch Landesgesetze nach Art des vorliegenden zu modifizieren.

Abg. Brandenburg (3.) empfiehlt die Vorlage auf grund der günstigen Erfahrungen in Hannover.

Minister v. Miquel tritt der Forderung des Abg. Gamp entgegen, daß der Staat die Ablösung der Renten übernehmen soll. Dazu sei der Staat um so weniger verpflichtet, als ja Herr Gamp gerade die Ausdehnung der ganzen Einrichtung über das gesammte Staatsgebiet bekämpft. Gerade die Provinz ist die geeignete Behörde für die Rentenablösung. Es muß besonders betont werden, daß durch die Vorlage das freie Eigenthum in keiner Weise eingeschränkt wird. Solches Gesetz darf auch der Bevölkerung nicht aufgeschwungen werden. (Sehr richtig!) Dafsächlich werden die Vorschriften der Vorlage im Volke überall geübt und darum ist es nur billig, wenn wir diese Gewohnheit hier gesetzlich zum Ausdruck bringen.

Minister Freiherr v. Hammerstein antwortet auf Gamp's Anfrage wegen Maßnahmen zur Entschuldung des Grundbesitzes, daß die Regierung Beschlüsse noch nicht gefaßt habe; diese werden sich auch besser formulieren lassen in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges.

Abg. Wintermeier (fr. Sp.) vermißt den Nachweis zwingender Gründe für die Vorlage.

Regierungskommissar Geh. Rath Schorlemmer weist ziffermäßig nach, daß die Verschuldung in Westfalen unter dem Einflusse des dortigen Vererbungsmodus sich günstiger gestaltet hat, als in den östlichen Provinzen und daß die Vermögenslage der Abfindlinge eine günstige war.

Abg. Willebrand (3.) spricht für die Vorlage.

Abg. Dr. Langerhaus (fr. Sp.) rät zu größtem Vorzicht gegenüber der Vorlage, die darauf abzielt, allmählig das Verfügungsrecht der bürgerlichen Besitzer einzuschränken, wie Herr Miquel das im Herrenhause klar ausgeprochen.

Regierungskommissar Geh. Rath Schorlemmer bestreitet entschieden, daß Miquel eine Aenderung in diesem Sinne gethan.

Es sprachen noch Bleß (3.) gegen, Sielermann (L) und Klasing (L) für die Vorlage, die an eine besondere 2er Kommission verwiesen wird.

Morgen (Donnerstag) 11 Uhr: Berg-, Gütten-, Salinen- und Handels-Ges.

Schluß 4¼ Uhr.

Kommunales.

Ministerielle Korrektur der kommunalen Lehrerfreundlichkeit. In der gestrigen unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchener stattgehabten Sitzung der städtischen Schuldeputation gelangte die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums in bezug auf die Gehaltsordnung des Lehrpersonals an den hiesigen

Gemeinschaften zur Verathung. Der Minister fordert für die Lehrer ein höheres Anfangsgehalt und für die Lehrerinnen eine Erhöhung der Miethentschädigung. Außerdem sind auf eine Anzahl kleinerer Bestimmungen Erwähnungen erhoben worden. Die Deputation hat infolge dessen beschlossen, den städtischen Behörden zu empfehlen, das Grundgehalt der angestellten Lehrer auf 1200 M. und die Miethentschädigung für verheiratete Lehrer auf 650 M., für unverheiratete bezüglich für diejenigen, welche keinen eigenen Haushalt bilden, auf 433 1/3 M. festzusetzen. Dagegen ist die Alterszulage abgemindert worden. Der Wohnungszuschuß der Lehrerinnen soll 400 M. betragen; es ist aber auch hier ein Ausgleich bei der Alterszulage getroffen worden. Es wird sich das Dienstvermögen des Lehrpersonals demgemäß neben der angeführten Miethentschädigung wie folgt gestalten: A. Für ein st. weilig angestellte Lehrer und bis zu vier Dienstjahren Grundgehalt 900 M., Miethentschädigung 433 1/3 M. (Nacht jezt 400 M.). B. Für fest angestellte Lehrer: Grundgehalt von 4-7 Dienstjahren 1200 M., Alterszulagen: von 7-9 Jahren 800 M., von 9-11 Jahren 900 M., von 11-14 Jahren 900 M., von 14-17 Jahren 1000 M., von 17-20 Jahren 1200 M., von 20-23 Jahren 1400 M., von 23-26 Jahren 1600 M., von 26-29 Jahren 1800 M., von 29-31 Jahren 2000 M., von 31 und mehr Jahren 2200 M. C. Für die Lehrerinnen neben der Miethentschädigung von 400 M. bis zu 3 Dienstjahren ein Grundgehalt wie bisher 1000 M. Alterszulagen von 3-6 Jahren = 100 M., 6-9 Jahren = 200 M., 9-12 Jahren = 300 M., 12-15 Jahren = 500 M., 15-18 Jahren gleich 700 M., 18-21 Jahren = 900 M., 21 und mehr Jahren = 1100 M. Ferner soll bestimmt angegeben werden, daß sich bei Eintritt der Pensionirung die Bestimmung über die Anrechnung der Dienstzeit von 8 Jahren sich nur auf diejenigen Lehrer beziehe, welche in hiesigen Privatschulen, in welchen nach dem Plane der Volksschule unterrichtet wird, beschäftigt werden. Dem entsprechend ist das Grundgehalt der Rektoren um 200 M. auf 2400 M. erhöht worden.

Lokales.

An die Frauen und Mädchen Berlins! Eine kurze Spanne Zeit trennt uns vorwiegend nur noch von den Reichstagswahlen. Wie unsere männlichen Genossen, so müssen auch wir bei Zeiten darauf vorbereitet sein. Wir müssen uns über die Fragen der inneren und der äußeren Politik klar werden, wir müssen Stellung zu ihnen nehmen, um dann mit der ganzen Kraft selbständiger Ueberzeugung in die Wahltagung einzutreten. Durch den Erlaß des Grafen Pobodowsky haben wir deutlicher, als wir es bisher schon wußten, erfahren, daß an dem Koalitionsrecht der Arbeiter gerüttelt werden soll. Der spärliche Rest davon, den die Verfassung den Frauen gewährt, wird dadurch ganz und gar in Frage gestellt. Während immer größere Scharen von Frauen im Frohndienst des Kapitals stehen, mit Gut und Blut dem Staate Steuern zahlen, will man, statt ihre Rechte zu erweitern, sie schmälern. Dagegen, Ihr Frauen, müßt Ihr laut und immer lauter protestieren, Ihr müßt die Jagdbanden und die Blinden unter Euren Geschlechtsgenossen er-muthigen und lebend machen!

In gleicher Zeit aber, da man dem arbeitenden Volke mit einer neuen Entrechtung droht, verlangt man auf der anderen Seite, daß seine Vertreter im Reichstage auf eine lange Reihe von Jahren hinaus Millionen und Abermillionen für die Kriegsschiffe bewilligen. Und diese Millionen - von wo werden sie genommen werden, als von der Lebenskraft des Proletariats, von Eurer Kraft, Ihr Frauen, und der Eurer Kinder!

Um alle diese wichtigen Fragen eingehend besprechen zu können, werden in der nächsten Woche eine Reihe öffentlicher Volks-versammlungen in verschiedenen Stadttheilen Berlins abgehalten werden, in denen unsere Genossen Frau Jäckel aus Gama-burg die Referate übernommen hat. Sie wird am 28. d. M. bei Werau, Schwedterstr. 23/24, am 1. März bei Bickel, Hasen-haude Nr. 33, den 2. März in Moabit in Nrens' Brauerei sprechen. (Alles Nähere siehe Annonce.)

Wir fordern Euch auf, durch Euren zahlreichen Besuch den Beweis dafür abzulegen, daß Ihr gewillt seit, an dem Wahlkampf, der uns bevorsteht, energisch theilzunehmen und für diejenigen Vertreter des Volks einzutreten, die für seine Rechte und gegen seine Ausbeutung kämpfen.

Die Vertrauensperson.

Achtung! Mitglieder der Freien Volksbühne! Die fünfte Abtheilung ist geschlossen, Mitglieder zu dieser Abtheilung können, da diese gefüllt ist, nicht mehr aufgenommen werden. Die Mitglieder der anderen Abtheilungen können daher die erste Vorstellung dieser Abtheilung, welche am Sonntag Nachmittag 2½ Uhr in Lessing-Theater stattfindet („Wartel Turauer“), nicht noch einmal besuchen, da eine Ueberfüllung des Theaters vermieden werden muß. Nach-jügler aus anderen Abtheilungen erhalten, so weit Raum vorhanden ist, nur einen Stehplatz. Die zweite Vorstellung der fünften Abtheilung ist voraussichtlich Sonntag, den 18. März, im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater. Die Vorstellung der vierten Abtheilung findet gleichfalls Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 2½ Uhr, im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater statt. Aufgeführt wird: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Die Eintrittsmarken zum Märzfest der Freien Volksbühne werden nur an Mitglieder in den Zahlstellen à 50 Pf. verabsolgt bzw. in die Mitgliedskarten geklebt. Da die Nachfrage groß ist, empfehlen wir den Mitgliedern, sich rechtzeitig damit zu versehen. (Siehe heutiges Inserat.) Der Vorstand. J. A.: G. Winkler, Kirchhofstr. 48, 2. Tr., Berlin-Rixdorf.

Opfer der göttlichen Weltordnung. Nachdem am Eingange des Filialgefängnisses in der Perlebergerstraße die Hausthüre geöffnet worden, öffnet ein Gefangenenaufseher die Thüre, und die Häftlinge werden nach der Expedition gebracht. Der diensthabende Beamte notirt das Rationale jedes Eingelieferten und weist dann die Gefangenen nach dem gegenüberliegenden Zimmer. Dort befinden sich bereits zwölf Personen versammelt. Die Unterhaltung dreht sich meist um die Fragen: „Wie lange“ und „weßhalb“? Man giebt einander Auskunft und bald hat jeder seine Geschichte erzählt. Die Mehrheit muß natürlich wegen Bettelns sitzen; ein wesentliches Kontingent stellen Händler, die sich im Guerillakriege mit der Polizei gegen die Straßenpolizei-Ordnung und die Gewerbe-Ordnung vergangen haben, ferner folgen in ziemlichem Abstande Verurtheilte wegen Unings und ähnliche mehr oder minder harmlose Leute. Ein ärmlich gekleideter Schneider erzählt, daß er so und so lange ohne Arbeit sei, so daß er schließlich an seiner Schlossstelle habe anziehen müssen. Als Odbachloser sei er dann abends ins städtische Asyl gegangen, wo man ihm beim nächsten Besuch in der üblichen Weise verwarnt und ermahnt habe, sich Arbeit zu suchen, denn bei der Wiederkehr werde er der Polizei zugeführt werden müssen. Jetzt habe er sich beim Betteln abhelfen lassen und dafür zwei Tage Haft erhalten. Die Verwarnung sei nun aber hinwiegend geworden und er dürfe wieder das Asyl auf fünf Nächte in Anspruch nehmen. Verschiedene Zurufe bekunden, daß andere Häftlinge dieselbe Geschichte durchgemacht haben. Einer berichtet, daß er einen ganzen Tag nichts zu essen gehabt und nun erfolgreich versucht habe, von einem Delikateshändler etwas Abfall zu erhalten. Als er mit der Bitte aus dem Laden getreten sei, habe ihn gleich ein Schutzmann vor der Thür in Empfang genommen. Die Folgen waren in diesem Falle: Woche, Alexanderplatz, „Perleberg“ und, was das Schlimmste, sechs Monat Arbeitshaus. „Komme ich heraus, so ist der Sommer wieder vorbei.“ Nachdem in solcher Unterhaltung einige Stunden vergangen sind, heißt es: „Auf dem Hausflur antreten!“ Von hier

aus geht es nach den verschiedenen Stationen. Die Häftlinge werden im ersten Quergebäude untergebracht; der Rest zieht ins zweite Quergebäude ein, zwei, drei, auch vier Treppen hoch.

Haben die Gefangenen die Frage, ob sie arbeiten wollen, bejaht, so führt man die Gesellschaft in ein kleines, zweifelhafte Zimmer, in welchem schon vier Personen anwesend sind. Man muß an einem Tische Kaffebohnen verlesen. Für den Tag giebt es - es klingt fast zum Lachen - baare drei Pfennige Arbeitsverdienst, doch nimmt an dieser Vergünstigung nur derjenige theil, der über 3 Tage abzubüssen hat. Um 5 Uhr giebt es Abendessen. Ein Kaps mit sehr dünner „Suppe“, auf welcher ein paar Fetttaugen schwimmen. Auch etwas Grünes sieht man und eine zerdrückte Kartoffel, von welcher die Suppe ihren offiziellen Namen hat. Dazu giebt es eine Scheibe sogenanntes Vollbrot. Um 8 Uhr wird schlafen gegangen. Einige erzählen sich noch ihr Schicksal und bauen gar auf die Zukunft; mancher aber meint: „Wie lange dauert es, so bin ich doch wieder hier. Wenn man nur besser in Klust wäre, aber so?“ Endlich schlafen auch die Leuten.

Morgens Uhr sechs ruft die Glocke zum Aufstehen. Der Stuben-älteste reinigt das Zimmer. Kurz vor sieben Uhr giebt es Brot und Kaffee. Es ist Sonntag. Gegen 8 Uhr wird man nach dem Hofe zum Spazierengehen, dem sog. Bärenfang beordert. Je fünf Personen müssen abwechselnd abtreten, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Ein Theil geht dann zur Kirche. Nachdem alle wieder in den Zellen sind, kommt die Sonntagsektion. Neben zwei Erbauungsbüchern liegen drei Exemplare des vom Sozialistenverklämder Pastor Hölle herausgegebenen „Arbeiterfreunde“ aus. In jeder Nummer wird natürlich der Sozialdemokratie ordentlich ein ausgesetzigt. Aber es stehen auch andere, namentlich für Häftlinge wissenschaftliche Dinge in der Zeitschrift. So die Meldung: „In Stettin ist eine Gesellschaft von 14 chinesischen Arbeitern eingetroffen, welche in der Provinz Pommern auf dem Lande mit Erdarbeiten beschäftigt werden soll.“ Für einen wegen Bettelns verurtheilten Häftling ist es ja gerade nicht schwer, aus dieser frohen Botschaft die Schlussfolgerung zu ziehen: „Da werden wieder 14 Mann mehr ins Arbeitshaus kommen“, heißt es einstimmig.

Nach Abbüßung der Haft wird der Gefangene wieder vom Auf-seher nach der Expedition geführt. Man erhält dort eine Bescheinigung, daß die Strafe verbüßt sei und muß dann ins Wartezimmer. In der Expedition steht an einer Tafel zu lesen, daß 890 Mann im Hause anwesend sind. Im Wartezimmer halten sich diesmal 22 Personen auf. Nach zwei Stunden umweht einen die frische Luft. Auf wie lange?

Die Loz-Krone und die akademische Freiheit lautet das Thema einer am Freitag Abend 8½ Uhr bei Keller, Kopenstr. 29, stattfindenden Versammlung, in der Professor Dr. A. Quide aus München referiren wird. Da freie Ausdrucksgelehrtheit ist, so steht zu hoffen, daß nicht allein die Akademiker, sondern überhaupt weitere Bevölkerungskreise an der Versammlung Theil nehmen werden.

Die neuen Schlachthöfenanlagen zwischen der Landberger Allee und der Thierstraße sind vor kurzem dem Betriebe übergeben. Zwei von den riefigen Schweine-Schlachthäusern sind den sogenannten Schlachtländern überlassen, die in den von ihnen gepachteten Schlachtkammern die von den Ländenschlächtern auf dem Viehof gesalzenen Schweine schlachten, während die Großschlachtermeister einfließen noch auf dem alten Schlachthofe verbleiben und erst zum April nach den neuen Anlagen übersiedeln. Die neuen Schlachthäuser übertreffen die alten besonders in bezug auf Umfang, Licht, Heizung und Ventilation ganz bedeutend.

Von dem Wagenpark der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft werden nur 600 Wagen für den Straßenbetrieb erhalten bleiben und als Anhängewagen ungebraucht werden. Die übrigen Wagen, über 500 an der Zahl, werden verkauft. Als Anhängerwagen werden ausschließlich die Sommerwagen der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, sowie die Metropolverkehrer Verwendung finden, während die Deckwagen, sowie die Einspannerwagen gänzlich aus dem Betrieb gezogen werden sollen. Für den elektrischen Betrieb des vollen Straßenbahnnetzes sind insgesamt ca. 900 Akkumulatorenwagen erforderlich, die innerhalb 5 Jahren fertig zu stellen sind. Gegenwärtig besitzt die Gesellschaft für die bereits bestehenden sowie für die demnach zu eröffnenden Strecken 150 derartiger Wagen.

Die königliche Bibliothek macht bekannt: In der Woche vom 28. Februar bis 5. März findet nach § 48 der Benutzungs-Ordnung die Zurücklieferung sämtlicher aus der königlichen Bibliothek entliehenen Bücher statt. Alle, welche solche Bücher in Händen haben, werden aufgefordert, sie in den Geschäftsstunden (9-3 Uhr) zurück-zuliefern. Die Zurücknahme der Bücher erfolgt nach alphabetischer Ordnung der Namen der Entleiher: von A-H am Montag und Dienstag, von J-N am Mittwoch und Donnerstag, von S-Z am Freitag und Sonnabend.

Der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain wird schon jetzt zahlreich vom Publikum besucht, welches sich hauptsächlich darüber informieren will, ob irgend etwas für die Inanspruchnahme des Friedhofes gethan worden ist. Wie der Augenschein lehrt, hat die damit betraute Verwaltung, der ausnahmsweise vorgeschrittenen Jahreszeit Rechnung tragend, es sich angelegen sein lassen, die historische Stätte, so weit ihr die Mittel dazu gegeben waren, einigermaßen würdig zu gestalten.

Eine Gruppe Berliner Auswanderer nach Nordhufe ist, wie amerikanische Blätter berichten, dieser Tage in New-York angekommen. Es sind 18 Personen, darunter ein gewesener Schauspieler, ein Zimmermann, ein Graveur, zwei Tischler und ein ehemaliger Bödenagent. Vier der Theilnehmer an dem abenteuerlichen Zuge, die nur zum Theil mit den nöthigen Mitteln versehen sind, haben ihre Frauen mitgenommen. Außerdem befindet sich auch ein alleinlebendes Mädchen unter den Goldsuchern, welches eines aus Eifersucht verübten Mordtates wegen eine mehrjährige Freiheitsstrafe verbüßt hat und sich nach ihrer Entlassung vergeblich Mühe gab, wieder in Berlin einen Erwerb zu finden. - Die Geschichte hat einen etwas „amerikanischen“ Beigeschmack.

Eine wenig löhnende „Falschmünzerei“ hat der Klempner-geselle Mertens, welcher zur Zeit in Böhmen eine Strafe verbüßt, im Gefängniß betrieben. M., der dort in seinem Verufe beschäftigt ist, wußte sich von einem Fünftheilpfennigstück einen Gips-abdruck anzufertigen und gab vermittelst Löthjims derartige Falschstücke. Eine solche Münze schenkte er einem Mitgefangenen, welcher verlor, dieselbe in Waarengeduld umzugeben. Natürlich war dies Falschstück derartig plump gearbeitet, daß es als solches sofort erkannt wurde. Der Klempner giebt an, nur drei solcher Fünftheil-pfennigstücke angefertigt zu haben, lediglih der Spielerei halber.

Die Hebamme M. aus der Brandenburgstr. 52 treibt weiter ihr wunderliches Wesen. Am Dienstag Morgen wollte der Arbeiter Wille aus der Brandenburgstr. 61 die Dame zur Entbindung seiner Frau holen. Vorher hatte die W. sich bereits bei der Wöchnerin erkundigt, ob ihr Mann auch Sozialdemokrat sei, und ob die Eheleute an Gott glaubten. Obgleich Frau Wille auf diese ungebhörigen Fragen eine für die Fragestellerin wenig befriedigende Antwort gegeben hatte, war die Hebamme doch so gnädig, ihre Hilfe zuzusagen. Im letzten Augenblick jedoch besann sie sich eines anderen. Nachdem der Ehemann - es war morgens 5¼ Uhr - dreimal vergeblich geklingelt hatte, kam Frau W. ohne ihre Tazche aus dem Hause heraus und ging mit den Worten - ich kann Ihnen keine Hilfe leisten, weil Sie nicht an Gott glauben - an dem Arbeiter vorüber. Dieser mußte nunmehr auf gut Glück eine andere Hebamme suchen. Als er mit derselben in seine Wohnung ankam, war das Kind bereits geboren. Es erscheint uns nothwendig, daß die Behörde auf das gefährliche Gebahren der Hebamme Wimmer acht giebt.

Durch Ueberfahren wurde gestern Mittag gegen 12 1/2 Uhr der 55 Jahre alte, bei der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft angestellte Kutscher Stache aus der Uesdowstr. 29 getödtet.

Zum gänzlichen Untergang eines Spreckahnes führte gestern, Mittwoch, Nachmittag um 6 Uhr ein Unfall an der Kronprinzengrabenbrücke. Ein Dampfer mit zwei beladenen Steinkohlen im Schlepptau kam vom Berliner Bahnhof her stromaufwärts gefahren.

Die Leiche eines hübschen Mädchens im Alter von etwa 19 Jahren ist am Montag hinter dem Monbijou-Platz aus dem Wasser gelandet worden.

Ein Pateotdieb. Ein unerwartetes Wiedersehen führte vorgestern Nachmittag in der Friedrichstraße zur Verhaftung eines Pateotmarckers. Dem Arbeiter Geske aus der Schönholzerstraße war am Sonntag Nachmittag während seines Aufenthalts in einem Lokal in der Nähe des Hackelchen Marktes der Ueberzieher gestohlen worden.

Gch. Kommerzienrath Schwabach, der Seniorchef des Bankhauses S. Bleichröder, ist gestern Morgen plötzlich nach der Rückkunft von einem Spaziergange infolge eines Schlaganfalles gestorben.

Die beiden ältesten Söhne des Kaisers sollen, wie der „Abendpost“ zufolge ein kirchliches Blatt zu melden weiß, in Palästina konfirmirt werden, und zwar gelegentlich der Fahrt des Kaisers nach Jerusalem in der dort festlichsteinsten evangelischen Kirche.

Feuerbericht. Ein arößerer Zimmerbrand rief die Mehr Dienstags Abend 8 Uhr nach Stargardterstraße 73. Möbel, Hütern und der Fußboden wurden zerstört. Durch übergehendes Fett entstand Mittwoch Mittag Dessauerstr. 23 ein Küchenbrand, der aber erheblichen Schaden nicht anrichtete.

Die Andienung des Vereins der Vogelkrieger, „Regintha“, welche heute in den Frühlings der „Oranienbullen“, Oranienstr. 61, eröffnet wird, ist von 50 Künstlern aus Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Klevre, Kassel, Altenburg und anderen Orten des Reiches besetzt.

Theater. Im Schiller-Theater beginnt im Monat März ein Anzeigenvertragsbuch, umfassend die Werte: „Der Pfarrer von Kirchfeld“, „Heimath“, „Der Weineidbauer“, „Der Wollweiden“, „Die Kreuzschreiber“, „Doppelverlobung“. Die Abonnementsbedingungen sind auf den Anzeigenbülletten ersichtlich.

aus den Nachbarorten.

Alking, Pankow! Wie machen nochmals darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, den 3. März, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr die Ersatzwahlen für die hiesige Gemeindevertretung stattfinden.

Friedrichshagen. Parteigenossen! Am Sonntagabend, den 26. d., abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale von Max Perche, Hundheil, eine Gemeindegewählerversammlung statt.

Friedrichshagen. Der Bauernverein Krapland veranstaltet am 26. d. Mis. im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 120, einen Maskenball.

29 Tage hat der diesjährige Februar in Schneberg. Seit mehr denn acht Tagen prangt an allen Anschlagstufen, sowie am Rathhause Schnebergs eine amtliche Bekanntmachung, in welcher das Resultat der stattgehabten Gewerbegehilfen-Wahlen verkündet wird.

Spandau. Parteigenossen! Heute Abend findet bei Mar-muth, Segefeldersstr. 54-56 die Protestversammlung gegen den Poladowsky'schen Erlass statt.

„Schüler-Mißhandlung in Schneberg“, betitelt sich ein Artikel des „Schneberger Tageblattes“ vom 28. Oktober vor. J., welcher Anlaß zu einer Anklage wegen Beleidigung gegen den verantwortlichen Redakteur Hugo Bräuning gegeben hat.

Wegen Unterschlagung einer Summe von 7592 Mark zum Schaden der Berliner Kertze wurden gestern der Schuhmacher Paul Grimm und die Witwe Louise Schmidt vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen.

Gegen den Agenten Adolf Kreßmar wurde die kürzlich gegen ihn stattgehabte Verhandlung, welche der Verlegung verfiel, vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu Ende geführt.

Der Gerichtshof hielt den vielfach vorbestraften Angeklagten nunmehr für's Justizhaus reif, es wurde auf 1 Jahr 8 Monate 3 zu 1/2 Haus, Ehrverlust und 150 M. Geldstrafe erkannt.

Moderne Jünglingsverehrung. Das Landgericht Dresden hat am 21. Dezember v. J. den Kaufmann Ernst Dgrowski wegen fahrlässigen Falschgeldes zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt.

Eine schamlose Beleidigung eines jungen Mädchens brachte gestern dem Kaufmann Bruno Mendelsohn vor der 135. Abtheilung des Amtsgerichts I eine empfindliche Freiheitsstrafe ein.

Eine neue Abart von Hilfsarbeiter-Klagen steht dem Magistrat Berlin in großer Zahl bevor, die der Melitten verstorbenen Bureau-Hilfsarbeiter des Magistrats auf Zahlung der gesetzlichen Pension.

Eine neue Abart von Hilfsarbeiter-Klagen steht dem Magistrat Berlin in großer Zahl bevor, die der Melitten verstorbenen Bureau-Hilfsarbeiter des Magistrats auf Zahlung der gesetzlichen Pension.

den Magistrat auf Zahlung der gesetzlichen Pension in Höhe von 800 Mark jährlich für einen Zeitraum von zwei Jahren verlag. Der Antrag auf Beweisaufnahme, welchen der Vertreter des Magistrats, Justizrath Kauf, gestellt hatte, lehnte das Gericht ab.

Gegen den Magistrats-Hilfsarbeiter Malsh stand am Dienstag vor dem Disziplinarrath des Ober-Verwaltungsgerichts Termin an. Als Staatsanwalt fungirte Stadtrath Bohm.

Vom Bräutigam des Schulmeisters. Gegen den Hauptlehrer Gwielong zu Wieschlag war das Hauptverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeleitet worden.

Versammlungen.

Für den vierten Wahlkreis fand am Dienstag eine öffentliche Versammlung in der Urania, Brangelstraße statt. Reichstags-Abgeordneter Dr. Bürgenau hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Leben in Gefängnissen.

Maurer. Unter starkem Andrang tagte eine Mitglieder-Versammlung der Filiale Berlin II des Zentralverbandes deutscher Maurer, welche zu Sonntag, den 20. d. M., nach dem Cohn'schen Lokale, Behnhstr. 20, einberufen war.

Für den Inhalt der Inserate
verantwortlich die Redaktion
des **„Berliner Tageblatt“**
gegenüber dem
Publikum.
Berlin.

großer
Tag, den 24. Februar.
Donnerstag, Bar und Zimmermann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Hauspielhaus. Mutter Ziele.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang
7 1/2 Uhr.
Leßing. Im weißen Rössl. Anfang
7 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Wintermärchen. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Neubens. Sein Leid. Anfang
7 1/2 Uhr.
Neues. Die Schilddrüse. Anfang
7 1/2 Uhr.
Kend. Unter der Polarsonne. An-
fang 8 Uhr.
Goethe. Hans Gudebein. Anfang
7 1/2 Uhr.
Schiller. Hans Wurst in Berlin.
Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Fatinka.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Entlich. Die kleinen Zimmer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang
7 1/2 Uhr.
Luisen. Die Stütze der Hausfrau.
Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
Die kleinen Bogendunen. Anfang
8 Uhr.
Velle. Alliance. Rean. Anfang
8 Uhr.
Alexanderplatz. Berlone Mädchen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich
geöffnet von 10 Uhr vormittags
ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57-62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschlüge.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich
geöffnet von 10 Uhr vormittags
ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57-62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschlüge.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche
Ben Ali Bey,
der orientalische
Magier
und die
8 lustigen
Wienerinnen.



Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-
hindustani-
sche
Gaukler
— und —
Schlangen-
Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Reichshallen-Theater.

Leipzigstrasse 77.
Ganz Berlin spricht von der
grossartigen Pantomime:
**Ein ruhiges Zimmer
zu vermieten!**
Neu und unübertrifflieh!!
Rauch u. Feuersprühender
Kratertanz.
Anfang 7 1/2 Uhr, Entree 50 Pf.
Avis!
Donnerstag, den 3. März,
im Parterre-Saal:
Letzter gr. Maskenball.
im Reichshallen-Tunnel
Doppel-Konzert. Neus Kräfte.

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand-Hotel Alexanderplatz.
Nur noch 4 Vorstellungen
bei den
1. Original-Budapeßtern.
Joekl Geiger
Der Beheme.
Avis! Sonnabend, 26. Febr.,
bleibt das Vaudeville-Theater
geschlossen. Dafür letztes Ge-
spiel im Reichshallen-Theater.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Grosser Erfolg!
Die Möbelpolonaise.
Urfrau-Gesellschaft von O. S. Hoeder.
Gust' Ebner, oberbairischer
Schubladler und National-Tänzer.
Im vorbereit. Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Sonntags 6 Uhr.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.

Kein Theater Berlins

dürfte für lange Zeit hinaus
in der Lage sein, seinem
Publikum einen derartig
hervorragenden Schläger zu
bieten, wie das
**1. Original
Budapeßter**
Possen- und Operetten-Theater
mit dem
Anton u. Donat Herrfeld'schen
Schwank
**Von Dreien
der
Glücklichste**
Unerreicht im Sujet,
imponierend an Situationswitz und
effektiv an Komik und Humor.
Dazu die bedeutendsten
Spezialitäten
mit ihrem aussergewöhnlich
gutem Programm.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Granto u. Mand. Les Senett's.
**La
Loie Fuller**
The Milons Mr. Arvey
und
30 hervorragende Künstler.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr

Concerthaus

Leipzigstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.
Wochent. 8 Uhr.
Avis! Um den überaus zahlreichen
Wünschen nachzukommen, findet am
Sonnabend, den 26. Februar,
eine nochmalige Gratis-Bertheilung
des Textes des „Vene. liebe Vene-
ball.“

Voranzeige.

Aschanti und Javaner.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstrasse 52/53 (Gilly-Passage)
Innenstrasse 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Bühnenmeister Familien-Kaufmann.
Zum 5. Male:
Die Kunst geliebt zu werden.
Eiederpiel in 1 Akt von F. Gumbert.
Vorher:
Das Schwert des Tamolles.
Schwank in 1 Akt von G. zu Putzky.
Auftritt sämtl. Kunst-Spezialitäten.
Wochentags 8 Uhr.
Anfang: Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Platz 50 Pf.
Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

Feen-Palast

22 Burgstrasse 22.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
Das radelnde Berlin
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Sensationaler Erfolg von
Die Nadel- und Nadelmadel.
Bühnenstück mit Gesang in 2 Akten
von Eugen Frey. Musik v. Otto Tieke.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.

Neues Olympia

(Circus Benz.) Karlsruhe.
Bolossy Kiraly's
Konstantinopel.
Grösste Sensation Berlins.
Neu! Neu!
Im 3. Bild: „Alt-Wien“
Neue humorist. Spezialitäten-
Revue.
**Wiederauftreten der
The jolly british girls.**
Sensationell!
Im letzten Bilde: Constantinopel
Feuer- u. Flammentanz,
ausgeführt nicht von einer
Person, sondern vom gesammten
Ballet-Personal.
ca. 1000 Mitwirkende.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.

Konzert- haus Sanssouci

Reitbahnstr. Nr. 1a.
Direktion: G. Pierr.
Sonntags, Dienstags, Donnerstags
**Eine Stunde
Kaiser von Oesterreich**
Lustspiel in 1 Akt.
Auftr. von Spezialitäten 1. Rangos.
**Neu! Tom & Tam, die lustigen
Neu! Ghinelen.**
Neu! Ada Risson, Tauben-Dress.
Entree 30 Pf. Sonntags 50 Pf.
Anf. des Konz. 7 Uhr. Vorst. 8 Uhr.
Passpartouts gelten Wochentags
Sonntags Anf. 5 Uhr, Vorst. 6 Uhr.
Nachher: **Grosser Ball.**

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Donnerstag, 24. Februar 1898,
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
The greatest equestrian Act of
the present time, angeführt von
Geldm. Cottrell, Gebr. Borghetti mit
ihren ausgezeichnet gestellten Rän-
gebildern. Geldm. Lorch mit ihren pro-
grammatischen Artisten Spieren zu Pferde.
Grosche Schut. Quadrille, geföhrt von
6 Damen u. 6 Herren. Die berühmten
Nachtengänger, in Freiheit vorgef. vom
Dir. Busch. Glomn Bogdanowsky als
Tanzimitator. Kufherdem: Auftreten
einer neu engagierten Keilföhren-
künstlerin und Künstler sowie sämtl. Clownd
und Aquatile mit ihren besten Spähern.
Zaragoza.
Orig. Wandge-Schauspiel des Circus
Busch. Besonders hervorzuheben: Die
weiblichen Hantlerinnen. Der Sturz
von der 60 Fuß hohen Brücke ins
Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen 7 1/2 Uhr: Humoristischer
Abend.

Für 36 Mark

fertige feine Anzüge nach Maß für
30 M. H. Sommerpaletots nach Maß,
für 8-12 M. feine Jolten nach Maß.
Riesentofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, bei **Keller**, Koppenstrasse 29:
Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Lohnkommission, der Revisoren und Beitragsammler. 2. Schlußdebatte über die Abrechnung.
3. Festsetzung des Schlusstermins über Abstampfung der Sammelkarte vom Jahre 1897. Eventuelle Beschluß-
fassung über Ausgabe der Sammelkarte für dieses Jahr und Festsetzung über Beginn des Sammelns zum Streitfonds.
NB. Bei Eintritt in das Versammlungslokal muß die Sammelkarte vom
Jahre 1897, welche den Schlußtempel haben muß, vorgezeigt werden, dient also
als Legitimation.
Es sind Beschlüsse von weittragender Bedeutung in dieser Versammlung zu fassen, also eruchen wir die
Kollegen recht zahlreich zu erscheinen. **Die Lohnkommission der Maurer Berlins u. Umg.**

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr:
Große Volks-Versammlung
im Lokale „Berliner Frater“, Kottbuser-Platz 7/8.
Tages-Ordnung:
Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent:
Genosse **Wihl. Pfannkuch.** Diskussion.
Recht zahlreiches Erscheinen erwartet.
219/7
Der Vertrauensmann.

Freie Volksbühne.

Die V. Abtheilung ist geschlossen.
Mitglieder zur V. Abtheilung können vorläufig nicht mehr auf-
genommen werden. Die Mitglieder der V. Abtheilung werden nun-
mehr gebeten, ihre Mitgliedskarten aus den Zahlstellen abzuholen.
Die erste Vorstellung für die V. Abtheilung ist **Sonntag, 27. Febr.,**
nachm. 2 1/2 Uhr, im **Lessing-Theater.** Aufgeführt wird
„Bartel Turaser“.
Die 2. Vorstellung für die V. Abtheilung ist voraussichtlich am
13. März im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater (Die lustigen
Weiber von Windsor).
IV. Abtheilung am Sonntag, den 27. Februar, nachm.
2 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Da die V. Abtheilung geföhlt ist, dürfen Mitglieder anderer
Abtheilungen die Vorstellung im Lessing-Theater am Sonntag
nicht noch einmal besuchen.
Nachzügler aus anderen Abtheilungen erhalten, soweit Raum
vorhanden, nur noch einen **Sitzplatz.**
228/13 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 27. Februar 1898, abends 7 Uhr,
in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20:
**Vortrag des Herrn Dr. Förster über Sternschnuppen
und Feuerkugeln im Hinblick auf das Jahr 1899.**
Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein u. Tanz.**
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
Der zum 7. Stiftungsfest verbundene Prolog mit Programm ist in
dieser Versammlung à 10 Pf. zu haben; ebenso Billets à 20 Pf. zu
dem am Sonntag, den 17. April, abends 6 Uhr, in Keller's Festsälen,
Koppenstr. 29, stattfindenden Vortrag des Herrn Dr. Wihl. Meyer
(früher Direktor der „Urania“) über „Die Reise nach Spitzbergen“ mit
zahlreichen Lichtbildern. 4/13

Achtung! Textil-Arbeiter! Achtung!

Sonnabend, den 26. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale von **Wilke, Andreas-Strasse No. 26:**
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Waldek Hannasse** über: „Friede auf
Erden“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten. 4. Abrechnung vom
Wahlmännch-Bericht. 5. Verschiedenes. 197/5
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**
Um zahlreiches Erscheinen eruchen
Der Vorstand.

Achtung! Putzer! Achtung!

Montag, den 28. Februar, abends 7 Uhr,
im Lokale „Königsbank“, Grosse Frankfurterstr. 117:
**Gr. öffentliche Versammlung
der Putzer Berlins u. Umgegend.**
Tages-Ordnung:
1. Berlefung des Spezialberichts über den Jahresbericht u. Diskussion.
2. Renowahl der Revisoren. Verschiedenes.
Da verschiedene Kollegen versuchen, den Jahresbericht zu mißdeuten und
der Kommission Unregelmäßigkeiten zu unterföhren, eruche ich sämtliche
Kollegen, Platz für Mann zu erscheinen. 131/12
Der Vertrauensmann: Otto Köhl, Buchholzerstr. 3, v. II.

Redeschule Zukunft.

Die am Freitag, den 18. Februar
**polizeilich inhibirte öffentliche Versammlung
findet doch statt**
Donnerstag, den 24. Febr., abends 7 1/2 Uhr,
im **Luisenstädt. Concerthaus, Alte Jakobstrasse 37.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Paul Schirrmeyer:**
Selbstbefreiung aus der sozialen Noth.
2. Diskussion. 967/6

Verband der Korbmacher Berlins und Umgegend.

Am 26. Febr. 1898 im „Königstädtischen Kasino“,
Grosse Frankfurterstrasse 76:
Großer Wiener Maskenball.
Billet 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr. 971/6
Um regen Besuch bittet **Das Komitee.**

Grosser Möbelverkauf.

Die Möbel-Fabrik
Neue Schönhauserstr. 2
(früher Rosenhauerstr. 13)
liefert längerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an.
Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebraucht und
verkauft gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt.
Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb.

Central-Kranken- u. Sterbe- Kasse der Zimmerer (Eingel. fr. Hilfskaffe Nr. 2) Filiale 4.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
Frau **Anna Guttheil**
am 22. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 25. Februar,
nachmittags 4 Uhr von Beauföhr. 68,
nach dem Scharnhorst-Friedhof zu Pögen-
see statt. 259/6
Um recht rege Beiföhllung eruchen
Der Vorstand.

Sophie Natusch geb. Rechin

nach schwerem Krankenlager in fünfzig-
sten Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an, die trauernden
Hinterbliebenen:
A. Natusch nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Sonnabend,
den 26. d. M., nachm. 3 Uhr von der
Leichenhalle d. Freireligiösen Gemeinde
Doppel-Allee 15-17, aus statt.
Am 22. d. M. verschied nach längerem
Leiden unser lieber Sohn und Bruder
Hugo
im 18. Lebensjahre. Dies zeigen tief-
betrübt an 960/6
Fritz Siwert und Familie.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 27. d. M., nachm. 3 Uhr von der
Leichenhalle des Neuen Jerusalem-
Kirch. Beumannstr. (Nirsdorf) aus statt.

Nachruf!

**Central-Kranken- u. Sterbe-
Kasse d. deutschen Wagenbauer**
(Berlin, Bezirk II).
Am 20. d. M. verstarb das Mitglied
Emil Hilscher.
Eure seinem Andenken. 973/6
H. A.: A. Franzer, Bevollmächtigter.

Dankfagung.

Für die zahlreichen Kräftigenden
und Theilnahme bei der Beerdigung
unseres lieben Sohnes, Bruders und
Schwagers, des Schloßers **Albert
Handke**, sagen wir allen Be-
wundern u. Bekannten, besonders den
Kollegen der Firma **Pross, Strauß**,
sowie dem Gesangsverein „Namentos“
unsern herzlichsten Dank. 970/6
Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutsch. Vortex

Teller- u. Malzfabrikier **L. Rang.**
Branneri Burgboller, Potsdam,
gegr. 1736, bel. f. **Wintome, Bruckhaus,**
Weich, Weich,
Neuoms. d. leicht
bestimm., nahrh.
kräftigste Bier. —
Ist blutbild., besch.
best. Geschm., u.
Gewichtszunahme,
aberr. 14 Jahrel.
drei, 50 zehn M.
erst. In Geb. (1/2,
1/2, 1/2) 3 Selbst-
abz. weicht. bill.
Klein. Versandt.
f. Berlin u. Brod.
Vortexfabrik
Ringler,
Berlin, Brun-
nenstrasse 152.
Nichtgiltig/Genuss
— Dual. entscheid.

Cognac selber zu machen.

Man nehme 1 Originalflasche
Reichel's Cognac-Essenz
für 75 Pf., 1 Liter reinsten Weingeist
(Spiritus vini) für 11, 1,40 und
1/2 Liter Wasser. Die Mischung
ergibt ein reines, gesundes,
wohlbekanntliches Getränk von
vollem, herrlichem Bouquet und
hochem Geschmack, welches
durch Lager eitem Cognac voll-
ständig gleicht.
Es giebt Nachahmungen, welche
Cognac in nichts gleichen als in der
Farbe und nur Nüßlingen erregen.
Zanfenbach erprobt und aner-
kennt ist nur die unübertreffbare, un-
vergleichliche
Reichel's Cognac-Essenz
welche echt einzig und allein nur drei-
erhältlich ist bei **Otto Reichel,**
Gartenstr. 4. Fernspr. 4. 3190.
Verkauft werden nirgends. Jede
Bestellung frei Haus. Die Selbst-
bereitung von **Rum, Arac,**
Nordhäuser und sämtlichen
Liquoren mit den geföhlt
geschähten **Combinirten Original-**
Reichel-Essenzen. Prospekte mit
Rezepten gratis und franco.